

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.60 M. Anzeigenpreis die Gezeile. Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pfg. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Meinige Inseraten-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Unser Verhalten bei Versammlungen

Ein wesentlicher Bestandteil unseres Verbandes sind unsere Versammlungen. Sie führen uns alle, die wir eines Herzens und Sinnes sind, zusammen zu gemeinsamer Aussprache über die Ziele unserer Bewegung und über die Mittel ihrer Verwirklichung. Dadurch, daß wir alle, die wir da zusammenkommen, von dem gleichen großen Ideal erfüllt sind, fühlen wir uns alle einig miteinander verbunden, keiner ist uns fremd, jeder ist unser Gesinnungsgenosse, unser Bruder. Dieses Bewußtsein der inneren Zusammengehörigkeit wird und muß sich vor allem auch darin äußern, wie wir miteinander verkehren. Wie die Liebe zur großen Sache unseres Verbandes die ganze Versammlung beherrschen muß, so soll auch Liebe zu den Gleichgesinnten das Verhalten der einzelnen zueinander regeln. Ueber manche Dinge kann man geteilter Meinung sein, und es ist gut und notwendig, daß die Verschiedenheit der Ansichten auch zum Ausdruck kommt, damit man sie gegeneinander abwägen und die besten Vorschläge herausfinden kann. Aber nie darf eine Meinungsverschiedenheit zur persönlichen Geringschätzung und Gehässigkeit werden. Das widerspricht durchaus dem Interesse unseres Verbandes, das widerspricht der Liebe, die wir jedem gleichgesinnten Verbandsmitglied schuldig sind. Jeder soll reden, so wie es ihm die warme Anteilnahme am Verbandsleben einflößt, ohne jede Verletzung eines Andersdenkenden unserer Mitglieder, und alle sollen wieder mit Liebe das Gesagte aufnehmen in dem Bewußtsein, daß jeder sein Bestes zu geben versucht.

Vor allem ist es wiederum der Leiter, von dem es abhängt, daß der Geist der Liebe in der Versammlung gewahrt bleibt. In der Hitze der Diskussion kann es wohl vorkommen, daß dem einen oder dem anderen einmal ein unbedachtes Wort entfällt. Da ist es Aufgabe des Versammlungsleiters, die sich bemerkbar machenenden Gegensätze taktilvoll auszugleichen. Je mehr sein eigenes Verhalten selbst von Liebe zum Verbands- und den Verbandsmitgliedern getragen wird, um so leichter wird es ihm sein, wenn es nötig wird, verständig auf die erregten Gemüter zu wirken und allen wieder zum Bewußtsein zu bringen, daß das Verbandsinteresse Einigkeit und Liebe von uns verlangt.

Hohe Fleischpreise bei niedrigen Viehpreisen

Das deutsche Volk hat sich im Laufe des vorigen Jahrhunderts stetig vermehrt. Während 1816 im Gebiete des gegenwärtigen deutschen Reiches kaum 25 Millionen Menschen wohnten, waren es 1870 bereits 41 Millionen und heute zählen wir 66 Millionen Einwohner. Der größte Teil unseres Volkes ist heute in Städten zusammengebrängt, während ehemals die Landbewohner die Mehrheit bildeten. Wir sind fortbauend in raschem Tempo aus einem reinen Agrarstaat zu einem mächtigen Industriestaat ausgewachsen. Durch diese Industrialisierung ist Deutschland wohlhabend und schließlich reich geworden. Die Umsätze der Reichsbank sind von 79,5 auf 414 Milliarden, die des größten größten privaten Bankinstituts der deutschen Bank von 18,1 auf 132,2 Milliarden Mark gestiegen. Das deutsche Volksvermögen wird von autoritativer Seite auf 300 Milliarden angegeben. Steinhilber-Bucher berechnet dasselbe auf 380, Helsenich auf 330 Milliarden Mark.

Natürlich ist dieser Reichtum nicht allein der großen Masse zugute gekommen. Industrielle, Bankiers, Grundbesitzer usw. leiten den Geldstrom zunächst in ihre Güter. Immerhin floß durch die Nebenkanäle auch eine große Summe in die breiten Volksmassen. Die Arbeiter errangen sich durch ihre Organisationen höhere Löhne, Beamte und Angestellte wurden in ihren Bezügen ebenfalls aufgebessert.

Erhöhte Einnahmen bedeuten aber nicht unter allen Umständen eine verbesserte Lebenslage. Besonders bei den Arbeitern und Angestellten spielen die nicht zu umgehenden Ausgaben eine sehr große Rolle. Hauptächlich kommen dabei in Betracht die Ausgaben für Wohnung, Kleidung und Nahrung. Wenn auch durch intensive Organisationsbetätigung eine Einnahmeförderung erzielt werden konnte, so wurde letztere häufig ganz, sehr oft teilweise wieder aufgehoben durch eine stetige Steigerung der Ausgaben. So nimmt heute in den Städten allein die Wohnungsmiete ein Viertel bis ein Drittel des gesamten Arbeitsverdienstes weg. Manche Lohnhöhe kommt allein den Hausbesitzern zugute. Ein Beispiel: Im Jahre 1908 nahm der bayerische Landtag eine Aufbesserung der Staatsbeamten vor. Bei den unteren Beamten an der Post und Eisenbahn betrug diese Aufbesserung monatlich 10 Mark. Ganz prompt aber steigerten die Hausbesitzer in München zu gleicher Zeit allen Staats-, Gemeinde- und Privatangestellten die Mieten um 10 Mark pro Monat. Die aufgebesserten Beamten Münchens hatten also von der ganzen Gehaltserhöhung nur die erhöhte Einkommensteuer übrig, während die Kommunal- und Privatbeamten sogar die Mietsteigerung aus ihrem nicht erhöhten Gehalt zu tragen hatten.

Ähnlich wurden auch die Nahrungsmittel im Preise gesteigert. Erinnert sei an die Kaffeepreise, die künstlich hoch gehalten werden, indem man Millionen Zentner Kaffee vom Markt zurückhält. Auch unsere inländischen Nahrungsmittel, wie Brot, Gemüse, Obst, Fleisch usw. sind von Jahr zu Jahr verteuert worden. Die Regierung hat zum Schutze unserer heimischen Landwirtschaft gewisse Zölle auf die Nach-

ryungsmittel gelegt. Sie will damit die deutsche Landwirtschaft vor der Konkurrenz des Auslandes schützen. Man kann einen solchen Zollschutz auch als Industriearbeiter billigen, weil eine hochstehende Landwirtschaft befähigt ist, in umfangreicherem Maße industrielle Produkte aufzunehmen. So verbrauchte unsere Landwirtschaft im Jahre 1910 allein ca. 60 Millionen Doppelzentner Handelsdünger und 22,2 Millionen Zentner Kali. 1907 waren im Betrieb 947 003 gewöhnliche Dreschmaschinen, 488 867 Dampfdreschmaschinen, 290 039 Säemaschinen, 301 039 Mähmaschinen und 2995 Dampfpflüge, also gewaltige Maschinenmengen, welche die Industrie liefern mußte und dieser Arbeit brachte. An dem Zollschutz der Landwirtschaft ist also auch die Industrie in erheblichem Maße interessiert.

Durch diese Entwicklung der Landwirtschaft wurden auch die Bodenerträge bedeutend vermehrt, desgleichen die Viehhaltung erheblich gesteigert. In den Jahren von 1888 bis 1913 steigerten sich die Viehbestände: Pferde von 3 522 545 auf 4 516 279, Rindvieh von 15 786 764 auf 20 158 738, Schweine von 9 206 195 auf 21 885 073. So paßte sich die Landwirtschaft durch Vermehrung ihrer Erträge und ihres Viehstandes dem durch die natürliche Volksvermehrung bedingten erhöhten Lebensmittelpbedarf an.

Trotzdem aber erlebten wir selbst in normalen Zeiten eine langsam fortschreitende Preissteigerung, die in Krisenzeiten sogar sprunghafte Tendenz zeigte. Eine solche sprunghafte Entwicklung hatte die Mißernte von 1911 im Gefolge. Die nachteiligen Folgen dieser Mißernte zeigten sich hauptsächlich auf dem Vieh- und Fleischmarkt. Der Sommer 1911 mit seiner großen Trockenheit bewirkte zunächst eine Verringerung des Viehbestandes. In welchem Umfange eine solche eintrat, mögen einige vergleichende Zahlen aus den Jahren 1907 und 1912 zeigen, wobei die eingeklammerten Ziffern sich auf das Jahr 1907 beziehen. Wir zählten Rinder (20 630 544) 20 158 073, Schweine (22 146 532) 21 885 073, Schafe (7 703 710) 5 787 848. Der Herbst 1911 brachte einen großen Auftrieb an Vieh auf den Markt und bewirkte damit ein enormes Sinken der Viehpreise. Das Jahr 1912 zeigte eine sehr gute Futterernte; die Landwirte suchten ihre reduzierten Viehbestände wieder auf die alte Höhe zu bringen.

Die Folgewirkung machte sich bemerkbar in einem schwachen Viehauftrieb und einem starken Ansteigen der Viehpreise. So stiegen die Schweinepreise im Herbst 1912 auf 60-65 Mark pro Zentner Lebendgewicht und hielten sich den ganzen Sommer 1913 auf dieser Höhe. Die Preise für anderes Großvieh waren dementsprechend. Während nun aber die Konsumenten von der vorübergehenden Ermäßigung der Viehpreise im Herbst 1911 nichts mitbekamen, wurden sie von der Viehpreissteigerung 1912 sofort in Mitleidenschaft gezogen. Die Fleischpreise stiegen rapid. Man zahlte für Schweinefleisch nun, statt 70-80 Pfg. pro Pfund, 90-100 Pfg. Bessere Fleisch- und Wurstsorten kosteten sofort 120-160 Pfg. Dazu kamen die Preissteigerungen für Butter, Milch und vor allem jene Produkte, welche durch die Steuergesetze von 1909 eine künstliche Erhöhung ihres Preisstandes erfahren.

Folgewirkung: Unruhe in der Bevölkerung, Ruhe nach Abhilfe und schließlich als Resultat der aufgeregten Volksstimmung das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1912-110 Sozialdemokraten.

Es muß gesagt werden, daß die Regierungen und auch viele Kommunen auf dem Gebiete der Fleischversorgung guten Willen zeigten, indem sie zeitweilig die Grenzsperrung aufhoben und Vieh auf Kosten der Städte vom Auslande beschafften. Der Erfolg war jedoch sehr gering. — Warum? — Die Trockenheit von 1911 hat nicht nur Deutschland betroffen, sondern ganz Europa. Unser großes Nachbarreich Rußland wurde von ihr noch viel härter mitgenommen als Deutschland. In vielen Gouvernements genannten Staaten herrschte Hungersnot. Als Viehleieferungsländer kamen fast nur die günstiger gelegenen Staaten Holland und Dänemark in Betracht. Als aber Deutschland in diesen beiden Staaten als Käufer auftrat, zogen auch dort die Viehpreise schnell in solcher Weise an, daß sich weitere Ankäufe nicht mehr lohnten.

Eine nachhaltige Abhilfe brachte erst die abermalige gute Futterernte des Jahres 1913. Im Sommer 1913 hatten die Landwirte erhebliche Viehbestände heranzüchten können und es erfolgte nun ein großer Auftrieb auf die Märkte. Infolgedessen ließen sich schon im November 1913 die Viehpreise nach, wie in den folgenden Monaten beständig tiefer zu sinken und schließlich bei 40-45 Mark pro Zentner Lebendgewicht für Schweine zu landen. Verglichen mit den vom Herbst 1912 bis Herbst 1913 gezahlten Preisen ergeben sich folgende Zahlen: für Schweine: 1912 Ende 1913 pro Zentner Lebendgewicht 60-65 Mark, 1914 pro Zentner Lebendgewicht 40 bis 45 Mark. Die Preise für Rinder weisen ähnliche, zum Teil noch erheblichere Rückgänge auf. Wir verzeichnen also eine Minderung der Viehpreise um rund 30%.

Trotz der niedrigen Viehpreise aber sind die Fleischpreise fast durchweg noch auf der alten Höhe des Steuerjahres 1912/13 stehen geblieben. Bei einem Einkaufspreis von durchschnittlich 44 Mark Lebendgewicht oder 56 Mark Schlachtgewicht verkaufen die Fleischer das Pfund Schweinefleisch heute noch, wie vor einem Jahre mit 80 und 90 Pfg. Meistfette Würst, wie Jagdwurst, Fleischwurst, Braunschweiger Mettwurst, gewöhnliche Mettwurst stehen im Preise von 1-1,20 Mark, ganz wie ehemals. Wackwurst und Cervelatwurst werden sogar noch teurer verkauft. Solche Verkaufspreise stehen in keinem Verhältnis zu den Einkaufspreisen. Ein Landwirt aus der Nähe von Hamm, der sein Schwein nicht für 44 Mark pro Zentner verkaufen wollte, ließ dasselbe selbst ausschachten und verkaufte das Pfund

Fleisch und alle Wurst zu 70 Pfg. und geringeres Fleisch und Mehlwurst zu 80 und 65 Pfg. Er erzielte einen Durchschnittspreis von 64 Mark pro Zentner Schlachtgewicht, wogegen der Händler nur 56 Mark anbot. Das beweist, daß die Fleischer mit Gewinn das Pfund Fleisch und meistfette Wurst zu 70 Pfg. verkaufen können. Wenn sie daneben für bessere Wurstsorten auf 90 und 100 Pfg. herausgehen, verbietet ihnen ein guter Verstand. Bei den heutigen Preisen darf man für jedes Pfund Fleisch 20 Pfg. Verdienst rechnen, der über das normale Maß hinausgeht. Wenn wir diese 20 Pfg. bei sämtlichen Schlachtungen im Reiche verrechnen, so ergibt das einen Mehrerwerb von 1000 Millionen Mark, die aus den engen Taschen der ärmeren Bevölkerung in die Geldschänke der Fleischer fließen. Tausend Millionen Mark entzieht so ein einzelner Stand unberechtigter Weise der Gesamtheit des Volkes. Ein solcher Zustand ist unerträglich.

Es gibt kein Steuergesetz im Reiche, das in ähnlicher Weise das Volk belastet. Durch die gezeichneten Tatsachen dürfte auch dem Verede von den üblen Folgen der Grenzsperrung der Boden entzogen sein, oder glaubt jemand im Ernst, daß die Fleischer, die eben die 30% Viehpreiserhöhung in die Tasche stecken, mit den Fleischpreisen heruntergehen, wenn etwa durch völlige Öffnung der Grenzen eine weitere Reduzierung der Viehpreise bewirkt würde?

Angesichts all dieser Momente drängt sich die Frage auf: Woher kommt es, daß die Regierungen und Kommunen, welche 1912 so rege dem Uebel zu steuern versuchten, jetzt keine Hand rühren, um einer solchen unerhörten Belastung des Volkes entgegen zu wirken? Ist man nur deshalb ruhig, weil das Volk still ist und sich anscheinend an die hohen Preise gewöhnt hat? Das kann doch sicher nicht angenommen werden. Man muß daher glauben, daß man die Entwicklung nicht im Auge behalten hat. Darum ist es gut, die maßgebenden Stellen einmal daran zu erinnern. Es ist wirklich die höchste Zeit.

Konferenz des Bayerischen Bezirks

Am 17. Mai traten die Delegierten in Nürnberg zur 2. Bayerischen Bezirkskonferenz zusammen. Vertreten waren 25 Gruppen und Sektionen durch 31 Delegierte und den Bezirksvorstand. Neben den frei gestellten Kollegen nahm auch Verbandsvorsitzender Kollege Weller an der Konferenz teil. Eine Anzahl Vertrauensleute beteiligten sich als Gäste. Ihre Zahl hätte größer sein dürfen. Dem Jahresbericht des Bezirksleiters Kollegen Konrad ist folgendes zu entnehmen.

Das Jahr 1913 war in mancher Hinsicht recht lehrreich. Die Ungunst der Wirtschaftslage schreckte die große Zahl der den Verbänden fernstehenden Kollegen auf, so mancher Arbeiter lernte erst unter der Härte der Arbeitslosigkeit, der Lohnkürzung, der Feterschächten und der schlechten Behandlung, wie bitter notwendig die Weibersolidarität ist, die Solidartät der organisierten Rüstung. Gerade dort wo der Rückhalt im Verband fehlte, zeigten Akkordreduzierungen am schärfsten ein. Bei den Entlassungen gab es keine Unterfälle. Ob rot oder gelb, ob kritisch oder unorganisiert, es gab keine Ausnahme. Die Illusion, als würden unorganisierte Arbeiter in der schlechten Konjunktur nicht entlassen und mehr Rücksicht auf sie genommen, wurde gründlich zerstört. Einige Hundert Arbeiter bei der Amberger Emailier-Werken wurden auf die Straße gesetzt, trotz des gelben Vereins, trotz schlechter Löhne und trotzdem sie gewerkschaftlich unorganisiert waren. Arbeitslosenunterstützung erhielten sie aber auch nicht, weil ihnen der Rückhalt im Verband fehlte. Ähnliche Erfahrungen waren in Würzburg, Augsburg, Nürnberg und anderen Orten zu verzeichnen.

Hingegen konnte unser Verband bei der Interessen-Vertretung noch namhafte Erfolge erzielen. 24 Bewegungen mit 795 beteiligten Mitgliedern wurden fast durchweg auf friedlichem Wege erledigt. In einem Falle erfolgte nach stägigem Streik die Einigung. Die 3 übrigen Konflikte konnten in wenigen Stunden oder Tagen beigelegt werden. In 16 Fällen waren es Angriffs- und 8 Fällen Abwehr-Bewegungen.

Für 230 Mitglieder wurde eine Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne von 6 Pfg. (innerhalb 2 Jahren durchzuführen) zugesprochen. Bei den übrigen Bewegungen wurden zumeist 2 bis 3 Pfg. Erhöhung der Stundenlöhne erzielt. Für die Kollegen in den Staatsbetrieben, über 1000 an der Zahl, erfolgte ab 1. Januar die Auszahlung von 20 Pfg. Lohnhöhe pro Tag für jeden Arbeiter. Ein Erfolg des Verbandes aus der Arbeit des Vorjahres (den allerdings nicht alle Arbeiter festzuhalten verstanden, weil sie keinen Rückhalt hatten in der Organisation).

Die Abwehr von Akkordreduzierung gelang zum großen Teil in Pegnitz und in Amdorf. In den Staats- und in Privatbetrieben wurden sehr oft die Akkordpreise gekürzt. Bei dieser Gelegenheit rückte es sich an verschiedenen Stellen, daß das Organisationsverhältnis so mangelhaft war. Dort, wo die große Zahl der Kollegen der gewerkschaftl. Organisation fernstand, mußten Abzüge in Kauf genommen werden. Eine Reihe sonstiger Erfolge kann zahlenmäßig nicht festgestellt werden, wie die Gewährung von Urlaub, Erweiterung der Rechte der Arbeiterausschüsse, bessere Behandlung und sonstige Verbesserungen.

Neu abgeschlossen wurden 2 Tarifverträge, erneuert 4 und verlängert 3. Zusammen war der Verband im Bezirk am Jahresjahre auf 18 Tarifverträge beteiligt.

Recht lehrreich ist eine gelbe „Lohnbewegung“ bei der Maghütte-Rosenberg. Die Maghütte war gut beschäftigt und

erzielte überreichlichen Profit. Rund 47 Prozent Gewinn konnte ausgeschüttet werden, ein Millionenlegen ohnegleichen. Trotz aufreibendster Arbeit hat der größere Teil der Arbeiter einen Tagesverdienst von unter 4 Mark. Eine nicht geringe Zahl muß sich mit 3 Mark und weniger begnügen.

Sowohl Möglichkeit wie auch Notwendigkeit einer Lohnerhöhung waren damit unstrittig gegeben. Die Gelben redeten von 50 Pfg. Lohnerhöhung, die von ihnen beantragt seien. Doch alles Harren und Hoffen war umsonst. Kein roter Heller wurde den Gelben zugestanden. Die Arbeiter waren wieder einmal gepreßt. Hoffentlich erkennen die Kollegen endlich, daß eine Verbesserung ihrer vielfach sehr traurigen Verhältnisse nicht im gelben Sumpf, sondern nur durch eine energische Arbeiter-Interessenvertretung im christlichen Metallarbeiterverband möglich ist.

Die Agitation erstreckte sich vornehmlich auf die stille Kleinarbeit. Ueber die Ergebnisse der Hausagitation geben folgende Ziffern summarischen Aufschluß:

| | |
|------------------------------------|------|
| Gesammelte Adressen | 2191 |
| Mitarbeiter-Zahl | 68 |
| Einmal besucht wurden | 1610 |
| Zweimal besucht wurden | 408 |
| Dreimal besucht wurden | 145 |
| Aufnahmen hierbei insamt | 685 |

Berichtet hatten 17 Gruppen und 8 Sektionen. Aus den Zahlen ergibt sich die Tatsache, daß etwa jeder dritte Besuch direkten Erfolg hatte. Ohne diese beharrliche Arbeit der wackeren Mitarbeiter wäre es nicht möglich gewesen, im Berichtsjahr einen Mitgliederzuwachs zu buchen. Dringend notwendig ist, daß eine größere Zahl Kollegen sich in den Dienst der Kleinarbeit stellt, der Erfolg würde dann beträchtlich größer sein. Die Mitgliederbewegung für den Bezirk ergibt sich aus folgenden Zahlen:

| | |
|---|------|
| Neuaufnahmen | 1569 |
| Uebertritte | 288 |
| Aus der Jugendklasse zur Vollmitgliedschaft | 92 |
| Zugereist und vom Militär zurück | 225 |
| Zugang insgesamt 2174 | |
| Ausgeschieden | 796 |
| Gestorben | 23 |
| Abgereist und zum Militär | 668 |
| Aus der Jugendklasse zur Vollmitgliedschaft | 92 |
| Abgang insgesamt 1579 | |

Der Mitgliederzuwachs betrug im Berichtsjahre somit 595. Unter den Zugereisten befindet sich auch die Mitgliederzahl der Würzburger Gruppe, welche dem Bezirk im Berichtsjahre angeschlossen wurde. Die Jugendklasse zählt 585 Mitglieder.

Nach den Berichten der Verwaltungsstellen fanden 1002 Versammlungen und Sitzungen statt. Flugblätter wurden 67000 verteilt.

In der Beitragsleistung konnte eine Besserung erzielt werden.

| Im Jahre | 1912 | 1913 |
|--|--------------|--------------|
| Zahl der Beiträge | 133 821 Stk. | 157 113 Stk. |
| Durchschnittliche Beitragsleistung | 44,64 | 45,72 |
| Beitrags-Einnahme f. d. Hauptkasse | 69 787,70 M. | 83 307,69 M. |

In Unterstützungen wurden im Jahre 1913 insgesamt 83 144,31 Mark ausbezahlt. Rund 20 000 Mark entfallen auf Kranken- und rund 10 000 Mark auf Arbeitslosen-Unterstützung. An die Hauptkasse wurden 40 757,24 Mark gefandt. Die Lokalkassen hatten am Jahreschluss einen Bestand von 10 388,35 Mark. Die Bezirkskasse vereinnahmte 13 593,06 Mark an Beitragsbeiträgen, die Gesamteinnahme einschließlich Bestand vom 1. 1. 1913 betrug 22 351,32 Mark; die Gesamtausgabe 19 809,12 Mark. Als Kassenbestand verblieb am 1. 1. 1914: 2542,20 Mark.

Im Berichtsjahre vollzog sich in den größeren und mittleren Städten Bayerns die Kartellierung der örtlichen Gruppen der Arbeitgeber-Verbände. Ihr Einfluss in antisozialer Sinne, gegen die Arbeitslosenfürsorge, gegen Tarifverträge, Mindestlöhne u. dergl. war deutlich erkennbar. Mehr denn je, erfordert die gegenwärtige Zeit das Zusammenwirken aller Kollegen. Wenn selbst die vorerwähnten Ereignisse zur Aufklärung nicht genügen würden, dann müssen die Arbeiter zum mindesten von den Ärzten lernen. Ihrer Geschlossenheit im

Leipziger Verband verdanken sie eine enorme „Lohnaufbesserung.“ Daraus muß die Arbeitererschaft lernen für ihre Rechte einzustehen.

In fast dreistündiger Diskussion wurden die einzelnen Fragen von den Delegierten erörtert. Die Kollegen aus den Staatsbetrieben wünschten besonders Anerkennung ihrer in der Petition enthaltenen Forderungen zur bevorstehenden Knappschaftsreform.

Berichtet wurde von verschiedenen Delegierten über Erfahrungen bei der Hausagitation. Ein drastisches Beispiel führte Kollege Schmidt aus Regensburg an. Die Mutter eines jüngeren unorganisierten Kollegen verhierte im Vorjahre dessen Anschlag an den Verband mit den Worten: „Ich werde keinen Beitritt dem Fabrikanten, damit er entlassen wird.“ Vor wenigen Wochen nun, wurde der unorganisierte Kollege doch entlassen. So hat der Kollege durch die erwähnte Kurzsichtigkeit keinerlei Rückhalt. Ähnliche Fälle sind sehr viele zu verzeichnen.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß der Erfolg in der Hausagitation sehr wesentlich von der planmäßigen Vorbereitung und agitatorischen Routine abhängt. Von der Magdette wurde eine enorme Steigerung der Produktion berichtet. Leider hat es ein großer Teil der Kollegen veräumt, auch für entsprechende Steigerung der Löhne Sorge zu tragen; der größere Teil der Kollegen steht dem Verbands noch fern.

In zwei Vorträgen wurden noch behandelt durch den Kollegen Borsch die Jugendfrage und durch Kollege Heubl die Arbeitsvermittlung. Es liegt nun an den Kollegen der einzelnen Gruppen, die diesbezüglichen Vorschläge in die Praxis umzusetzen. Die Neuwahl des Bezirksausschusses ergab keine wesentlichen Änderungen.

Lebhaft begrüßt gab Verbandsvorsitzender der Kollege Wieber im Schlusswort seiner Freude Ausdruck über den Fortschritt, den der Bezirk aufweist. Allerdings stehe auch in Bayern der Werbearbeit ein gewaltig großes Feld offen, zehntausende sind noch zu gewinnen. Eine lange Reihe von Erfolgen konnte der Bericht verzeichnen. Fortschritte seien auch erkennbar in geistiger und rednerischer Hinsicht. Dies sei für unsere Bewegung ein sehr erfreuliches Zeichen, und eine günstige Voraussetzung für weitere Erfolge. Ergänzend besprach Kollege Wieber die einzelnen von der Konferenz behandelten Fragen, um zuletzt noch einen Rückblick auf die Gesamtbewegung zu geben.

Die sozialreaktionären Bestrebungen in der Gegenwart erfordern eine geschlossene Abwehr und zeigen nachdrücklich die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften im Interesse des Arbeiterstandes. Jeder Generation fällt in der Geschichte eine gewisse Aufgabe zu. An dem Heroismus und Opfermut unserer Vorfahren müssen wir uns ein Beispiel nehmen. Niemand dürfe fragen, welche Schwierigkeiten zu überwinden seien, sondern es dürfe nur eine Parole geben und die laute: „Vorwärts.“ Diesem Gedanken würden wir den Sieg verdanken. Schwächliches Nachgeben Hemmnissen gegenüber habe niemals Erfolge gezeitigt. Nur Opfermut und tatkräftiges Eintreten für ein als richtig erkanntes Ziel verbürgen den Erfolg.

Lebhafte Beifall wurde den begeisterten Ausführungen des Verbandsvorsitzenden zuteil.

Kollegen des Bayerischen Bezirkes! Lernt aus der Vergangenheit. Das Klüften der Gegner muß auch den Gleichgültigsten auf die Schanzen rufen. Die Konferenz gab die Richtlinien für unsere künftige Arbeit. Zeigen wir uns den Aufgaben unserer ersten Zeit gewachsen. Zeigt als ganze Männer, daß wir für unsere Ziele, für unsere Sache zu kämpfen wissen.

Die deutsche Handelspolitik

(Schluß.)

Wir haben in unserem letzten Artikel gehört, daß ein Handelsvertrag mit Frankreich, der die Meißelbegünstigung enthielt und eine Revision des Zolltarifs der Zollvereinsstaaten, sich nicht vereinbaren ließ mit dem Inhalt des deutsch-österreichischen Handelsvertrages vom Jahre 1853. Dieser stellte die wirtschaftliche Einigung des Donaustaates mit dem Zollverein als letztes Ziel hin; die Meißelbegünstigung eines anderen Staates, mußte eine Bevorzugung Oesterreichs fast unmöglich machen. Wir haben auch schon erwähnt, daß für das Vorgehen Preußens in erster Linie politische Motive maßgebend waren, der Kampf zwischen ihm und Oesterreich um die Vorherrschaft in Deutschland war in den 50er Jahren nicht mehr zur Ruhe gekommen, und ersteres war nur darauf bedacht, die Vorzugs-

stellung, die der Vertrag von 1853 dem letzteren eingeräumt hatte, wieder zu beseitigen.

Oesterreich nahm während den für seine politische Stellung in Deutschland so außerordentlich wichtigen Verhandlungen Preußens mit Frankreich eine wenig imponierende Stellung ein. Mochte es die politische Bedeutung des geplanten Handelsvertrags verkennen, mochte es durch die geplante Tarifrevision des Vereinszolltarifs einen Nachteil für seine Industrie fürchten, wenn eine engere Verbindung zustande käme — seine Haltung ließ auf jeden Fall die Energie vermissen, die es bei folgerichtiger Fortführung des Vertrags von 1853 hätte aufwenden müssen. Das einzige Land, das neben Preußen eine wirklich zielbewußte, der Richtigkeit der Sache entsprechende Haltung einnahm, war Bayern. Es erkannte die Richtigkeit der von Preußen mit Frankreich geführten Verhandlungen und verlangte, daß diese nicht einseitig von Preußen, sondern von dem Zollverein geführt würden. Es fordert, daß vor dem Abschluß des Vertrags bezüglich der wichtigsten Vertragspunkte vorher schon eine Uebereinstimmung der einzelnen Vereinsregierungen unter sich bestehe und hält es deshalb für „unerlässlich, daß vor dem definitiven Abschluß eine Spezialkonferenz der Vereinsstaaten berufen werde.“ (Weber a. a. O. S. 376.)

Preußen lehnte diese wohlbedachte Forderung einfach ab. Bereits im Februar 1862 erfolgte die Paraphierung des Handelsvertrags mit Frankreich und im August desselben Jahres wurde er von beiden Regierungen unterzeichnet, nachdem das preussische Abgeordnetenhaus das Vorgehen der Regierung gebilligt hatte. Als die dem Vertrage nicht holden Staaten den Ernst der Situation erkannten, traten Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau zu einer Besprechung zusammen, die aber durchaus unverbindlichen Charakter trug. Auch Oesterreich rüstete sich noch kurz vor Unterzeichnung des Vertrages auf und sandte eine Depesche an sämtliche Zollvereinsstaaten, die sehr weitgehende Vorschläge enthielt. Es erbot sich, „die sämtlichen Einrichtungen des Zollvereins, alle seine (zur Zeit bestehenden) Tarife, Gesetze und Vorschriften für sein gesamtes Zollgebiet anzunehmen“; ferner schlug es vor, „vollständige Verkehrsfreiheit zwischen dem Zollverein und sich für alle Produkte mit Ausnahme der notorisch außerdeutschen“ und derjenigen Gegenstände, welche einem Staatsmonopol oder einer inneren Steuer unterliegen.“

Diese Vorschläge, die an Selbstverleugnung grenzten, kamen zu spät. Preußen ging unbekümmert den oben bezeichneten Weg, nur zum Abschluß eines Handelsvertrages war es bereit. Die oben genannten Zollvereinsstaaten, Bayern an der Spitze, lehnten aber den inzwischen geschlossenen Handelsvertrag mit Frankreich ab. Der Fortbestand des Zollvereins, dessen Verträge 1853 abtiefen, war dadurch außerordentlich gefährdet. Es folgten nunmehr eine Reihe langwieriger mehr oder minder erfolgloser Verhandlungen, in denen das eine wenigstens deutlich zu Tage trat, daß von den Staaten, die bisher Opposition gemacht hatten, lediglich Bayern und Württemberg weiteren Widerstand leisten würden. Die übrigen Zollvereinsstaaten spielten lediglich mit dem Feuer — als es sich aber wirklich um Sein oder Nichtsein des Zollvereins handelte, gaben sie ihre Zustimmung zu dem französischen Handelsvertrag. Preußen stellte sich strikte auf den Standpunkt, etwaige Verhandlungen mit Oesterreich erst zu eröffnen, wenn der Fortbestand des Zollvereins gesichert sei. Nacheinander erklärten nun die einzelnen Vertragsstaaten ihre Bereitwilligkeit, dem Zollverein beizutreten, die Verträge wurden unterzeichnet, und der Handelsvertrag mit Oesterreich bereits am 11. April 1865 geschlossen.

Der deutsch-französische Vertrag bedeutete für den Zollverein einen ganz entscheidenden Schritt zum Freihandel. Eine große Anzahl von Tarifpositionen wurde ermäßigt, außerdem wurde die „beiderseitige Befreiung von jeder Durchgangsgabgabe“ zur Vertragspflicht gemacht. Der französische Tarif brachte die Ermäßigungen, die der französisch-englische Handelsvertrag im Jahre 1860 festgesetzt hatte; er behielt zwar den Wertzoll bei, doch wurde dieser auf den niederen Satz von acht Prozent herabgesetzt. Die Stellung Oesterreichs unterscheidet sich nicht wesentlich von der Frankreichs. Eine besondere Bevorzugung kam nicht mehr in Betracht. Mochte auch in dem Vertrag noch manches gefagt sein über eine spätere Zollvereinigung — daran war einstweilen überhaupt nicht mehr zu denken. Preußen hatte im Zollverein Oesterreich entgültig zurückgedrängt; es war im Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland Sieger geblieben.

Dem wirtschaftlichen Ausbruch aus dem Zollverein folgte bald auch der politische. Die Verhältnisse zwischen Preußen und Oesterreich spitzten sich mehr und mehr zu, bis der Krieg von 1866 die gewaltsame Lösung brachte. Der Zollverein war dabei schon so sicher als eine Notwendigkeit in das Bewußtsein der Zollvereinsstaaten übergegangen, daß der Krieg seinen Bestand nicht in Frage stellte, obgleich doch die süddeutschen

Was muß der Maschinenbauer vom Zeichnen verstehen?

(Nachdruck verboten.)

Es wird öfter vorkommen, daß ein Maschinenbauer, Konstrukteur u. dergl. in die Notwendigkeit versetzt wird, das Verständnis für einen technischen Vorgang oder eine vorzunehmende technische Arbeit dadurch zu erleichtern, daß er seinem Bericht eine Skizze oder Zeichnung zur besseren Veranschaulichung beifügt.

Zunächst das Skizzieren!

Skizzieren heißt das Wesentliche einer Sache möglichst einfach und mit einfachen Mitteln darstellen, wobei jedoch jede Fälschbarkeit und Nachlässigkeit vermieden werden muß. Nach den Angaben einer Skizze muß jeder Sachverständige sich der betreffenden Gegenstand genau vorstellen können, daher gehören zum Skizzieren gute Sachkenntnisse und ein einwandfreies Vorstellungsvermögen und Ausdrucksvermögen. Auch bei der Aufnahme vorhandener Gegenstände muß man sich der Vorstellung fähig sein, man muß sich den Zweck der Skizze vergegenwärtigen und daher die Ausfertigung der Skizze nach dem jeweiligen Zweck vornehmen.

1. Aufnahme-skizzen.

Diese sollen zur Aufzeichnung einer genauen Werkzeichnung dienen. Sie müssen daher die Form genügend deutlich wiedergeben und alles für die Herstellung der Werkzeichnung Erforderliche enthalten. Daraus freihändiges Zeichnen ist hierbei nicht wesentlich, Zirkel und Lineal können für die Hauptlinien benutzt werden, nur Reißbrett, Schiene und ähnliche Hilfsmittel dürfen bei Übungen nicht benutzt werden, damit den Vorkommnissen in der Praxis Rechnung getragen wird. Erforderlich sind ein Geizzirkel, eine Schablonen, ein Winkelmaß, Lineal und Maßstab, sowie bei Aufnahme von größeren Maschinenanlagen u. dergl. außerdem noch ein langes Meterband, Meßlatte und Lot. Komplizierte Aufnahmen wer-

den in mehrere zerlegt, eine die Hauptteile umfassend, die übrigen für die Einzelteile. Zum Aufnehmen ist erforderlich:

1. Richtiges Auffassen der gegebenen Formen,
2. Kenntnis der praktischen Herstellung und des Zweckes der Aufnahme,
3. Genaue Unterscheidung des Wesentlichen vom Nebensächlichen.

Erst wenn die Form vollständig und richtig skizziert ist, sind an den vorhandenen Maschinenteilen die Maße abzunehmen und in die Skizze einzutragen. Hierbei ist es zweckmäßig, vorher in der Skizze die erforderlichen Maßlinien anzugeben, wodurch die Arbeit erleichtert, und verhindert wird, daß die Eintragung von wichtigen Maßen vergessen wird. Wichtige Maße sind, wenn die Möglichkeit vorhanden ist, doppelt zu messen, z. B. die Zylinderentfernungen einer Maschine sind an den Zylinderbetten und an der Karbelle abzunehmen. Ebenso sind alle Gesamtlängen abzumessen und aus der Summe der Einzelängen zu kontrollieren. Da nach der Skizze die Werkzeichnung angefertigt werden soll, muß sie die genaue Wiedergabe der Form in genügenden Projektionen und Schnitten, sowie alle erforderlichen Maße enthalten.

2. Entwurfs-skizzen.

Diese haben das Wesentliche für einen Konstruktionszweck vorläufig darzustellen. Sie werden maßstäblich richtig angefertigt, so daß man allein durch ihre Zusammenfügung den richtigen Zusammenhang der Konstruktionsstelle beurteilen kann. Ihre Anfertigung geht Hand in Hand mit der Berechnung der Hauptabmessungen und wird lediglich auf dem Reißbrett vorgenommen.

3. Skizzen für die Veranschaulichung.

Diese werden, um die Vorstellung zu unterstützen und die Form besser vor Augen zu führen, zweckmäßig perspektivisch gleichmäßig gezeichnet. Von großer Wichtigkeit ist es nun ferner für jeden selbständig arbeitenden Praktiker, daß er eine Konstruktions-

Werkzeichnung lesen kann, d. h. daß er sich die in der Zeichnung angegebenen Konstruktionsweise, die er mit seinem Werkzeug bearbeiten soll, an Hand der Werkzeichnung vorstellen kann. Es seien daher kurz noch einige Angaben über Werkzeichnungen gemacht.

4. Anfertigung von Werkzeichnungen.

Zweck der Werkzeichnung ist die Verständigung zwischen Konstrukteur und den ausführenden Leuten herbeizuführen, wobei es nun ausnahmsweise erlaubt ist, die Zeichnung durch zweckentsprechende Beschreibung zu vervollständigen. Für alle Werkstätten, in denen ein Gegenstand nach und nach hergestellt wird, muß dieselbe Zeichnung, und zwar die von der fertig bearbeiteten Gestalt, genügen. Daher hat z. B. bei Anfertigung von Gußstücken die Modellstückerlei selbst die erforderlichen Schwundmaße, Kernmaße usw. zu berücksichtigen. Es werden entweder alle Teile in einer Gesamt-Werkzeichnung oder bei vielstufigen Konstruktionen jeder einzelne Teil für sich gezeichnet. Für die Ausführung maßgebend sind allein die in der Zeichnung eingeschriebenen Maßzahlen, wodurch jedes falsche Abmessen aus der Zeichnung vermieden werden soll. Die fachliche Richtigkeit der Werkzeichnung erfordert daher, daß alle für die Ausführung erforderlichen Maße richtig eingetragen sind, und daß sie dem Arbeitsvorgang bei der Ausführung entsprechen, d. h. daß dabei die vorhandenen Arbeitsmittel, wie Modelle, Bearbeitungsmaschinen, Kaliber usw. berücksichtigt sind, da die Bearbeitung der rohen Werkstücke immer nach Symmetrie- oder Mittellinien der Konstruktionsform vor sich geht, die zu diesem Zweck an dem Gegenstand angebracht werden. So sind die Maßzahlen in der Zeichnung auch nur auf solche Mittellinien zu beziehen. Die Hauptmaße, d. h. die bei der Ausführung zunächst erforderlichen Maße, z. B. die Entfernung der Bearbeitungsflächen und Mittelstellen, sind in den einzelnen Figuren zu wiederholen, andererseits sind zu viele oder überflüssige Maße zu vermeiden, z. B. die Wiederholung der Nebenmaße in jedem Projektionsbilde.

Staaten gegen Preußen kämpften. Der Handelsvertrag mit Oesterreich wurde aufgelöst und erst i. J. 1868 wieder erneuert. Nachdem sich Preußen an die Spitze des norddeutschen Bundes gesetzt hatte, ging es daran, die allzu starre Verfassung des Zollvereins zu reformieren. Als gesetzgebende Organe des Zollvereins wurden eine Vertretung der vertragschließenden Staaten und ein Zollparlament statuiert. Die erstere bestand aus Vertretern der Vereinsstaaten, das letztere aus den Mitgliedern des Reichstags des „Norddeutschen Bundes“ und aus Abgeordneten aus den süddeutschen Staaten, welche nach gleichen Normen wie erstere gewählt wurden.“ Um ein Zollvereinsgesetz herbeizuführen, war die Uebereinstimmung der beiden gesetzgebenden Körperschaften notwendig. Diese aber war gegeben, wenn bei beiden eine Stimmeneinheit für den gleichen Gegenstand gegeben. Statt des alten Votums jedes einzelnen Staates war die Abstimmung elingetretener — der Mehrheitsbeschluß war maßgebend.

Mit der Gründung des deutschen Reiches wurden die Verfassungsbestimmungen des norddeutschen Bundes für das neue Reich maßgebend. In dem Artikel 4 Ziffer 2 der Verfassung des deutschen Reiches vom 18. April 1871 wird ausgesprochen: Der Bewußtsein seitens des Reiches und der Gesetzgebung derselben unterlegen die Zoll- und Handelsgesetzgebung und die für die Zwecke des Reiches zu verwendenden Steuern. Unsere sonstigen gesetzgebenden Faktoren — die Vertretung der einzelstaatlichen Regierungen in dem Bundesrat und die Volksvertretung im Reichstag — entscheiden auch über die Maßnahme der Handelspolitik. Wie zu jedem Gesetz ist ein übereinstimmender Beschluß beider notwendig.

Mit der Gründung des deutschen Reiches war freie Bahn geschaffen für eine großartige Gesetzgebung, war aber auch freie Bahn geschaffen für eine großartige wirtschaftliche Entwicklung. Gleich nach dem Kriege mit Oesterreich war im Jahre 1868 ein Handelsvertrag mit diesem Lande geschlossen worden, der die freihändlerischen Tendenzen der deutschen Handelspolitik deutlich genug zum Ausdruck brachte. Die Tarife von 1870 und 1873 brachten weitere Zollermäßigungen. 1870 wurde der Rohstoffzoll von 1 Mark auf 0,50 Mark für 100 Kilogramm herabgesetzt und 1873 fiel er ganz. Die übrigen Tarifzölle sollten mit Wirkung vom 1. Januar 1877 an zum Teil ermäßigt, zum Teil aufgehoben werden. Im Friedensvertrag mit Frankreich vom 10. Mai 1871 wurden auch die Handelsbeziehungen beider Staaten geregelt. Der Artikel 11 bestimmt, daß die beiden Regierungen „den Grundsatz der gegenseitigen Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation ihren Handelsbeziehungen zugrunde legen“ werden, und der Artikel 18 der Zusatzkonvention vom 11. Dezember 1871 bestimmt, daß die hohen vertragenden Teile übereingekommen sind, „die verschiedenen Verträge und Konventionen wieder in Kraft zu setzen, welche vor dem Kriege zwischen den deutschen Staaten und Frankreich bestanden haben.“

Ein wirtschaftlicher Aufschwung, wie ihn Deutschland bis dahin noch nie gesehen hatte, war die Folge der politischen Einigung. Aber wie es meistens geht, die Hochkonjunktur brachte die übliche Ueberspannung und sie ging in ihren eigenen Fehlern unter. Schon 1873 kam der große Krach, der all die schwandelhaften Unternehmungen, aber mit ihnen auch viele andere niederriß. Während der Zeit größtenteils wirtschaftlicher Entwicklung hatte eigentlich kein Mensch daran gedacht, das bestehende handelspolitische System, das sich mehr und mehr dem Freihandel genähert hatte, zu ändern.

Als aber der Umschwung kam, gab man demselben Freihandel, den man vorher so gepriesen hatte, die Schuld daran. Insbesondere war es die schwere Industrie, die nunmehr eine Aenderung der Handelspolitik nach der schutzollnerischen Richtung verlangte. Eine Karke Agitation für und wider setzte ein. Bemerkenswert ist, daß die Landwirtschaft bisher noch durchaus freihändlerisch gesinnt war — sie hatte tatsächlich, so wie die Verhältnisse lagen, an Schutzzöllen wenig Interesse. Die oft- und norddeutsche Landwirtschaft erzeugte mehr Getreide, als der heimische Bedarf benötigte, den Ueberschuß führte sie nach England und Skandinavien aus. Teils war es die rege Agitation, teils auch die schon mit dem Ende der siebziger Jahre einsetzende Ueberschöpfung des englischen Marktes mit amerikanischen Getreide, die der deutschen Landwirtschaft einen Schutz Zoll annehmbar erscheinen ließ. An der Regierung selbst fanden die schutzollnerischen Bestrebungen volle Unterstützung.

Bei der Reichsgründung hatte man es verjäumt — vielleicht war man auch mit Absicht der gefährlichen Rillipe aus dem Wege gegangen —, dem Reiche selbständige Einnahme-

quellen in ausgiebigem Maße zu erschließen. Es blieb ein sehr wenig angenehmer „Kostgänger“ bei den einzelnen Bundesstaaten. Bismarck begünstigte den Gedanken an die Wiedereinführung des Schutzzolles; hoffte er doch, dem Reich dadurch neue Einnahmequellen zu verschaffen. Bei der Mitwirkung so viel tätiger und einflussreicher Faktoren mußte schließlich der ermüdete Erfolg eintreten und so kam 1879 der erste schutzollnerische Tarif. In ihm erschien der alte Schutz Zoll auf Rohstoffen wieder in Höhe von 1 Mark, erschienen aber auch Getreidezölle mit ebenfalls 1 Mark für 100 Kilogramm. Die landwirtschaftliche Krise entwickelte sich erst in den achtziger Jahren zu ihrer furchtbaren Schärfe und es ist kein Wunder, wenn in ihrem mehr als zwanzig-jährigem Verlauf die Landwirtschaft immer und immer wieder einen höheren Schutz Zoll verlangte, der ihr auch gewährt wurde. Die Entwicklung der Getreidezölle zeigt kurz folgende Tabelle. Sie betragen für:

| | | | | | |
|--------------------|------|------|--------------|------|--------------|
| 100 Kilogramm 1879 | 1885 | 1887 | S.-B. 1891/4 | 1902 | S.-B. 1904/5 |
| Weizen | 1,— | 3,— | 5,— | 3,50 | 7,50 |
| Roggen | 1,— | 3,— | 5,— | 3,50 | 7,— |
| Hafer | 1,— | 1,50 | 4,— | 2,80 | 7,— |
| Gerste | 1,50 | 1,50 | 2,25 | 2,— | 7,— |
| Mais | 0,50 | 1,— | 2,— | 1,60 | 5,— |
| Mehl | 2,— | 7,50 | 10,50 | 7,30 | 18,75 |

Die Getreidezölle, um die sich bis heute der Hauptkampf dreht, erfahren verschiedentlich beträchtliche Erhöhungen, doch wurden die allerschärfsten 1887 und 1902 durch die Handelsverträge (S.-B.) von 1891/4 und 1904/5 korrigiert.

Die Berechtigung handelspolitischer Maßnahmen wird am besten dargetan durch ihre Wirkungen. Mögen sie auch der Gesamtheit des Volkes unter Umständen ein Opfer auferlegen, sie sind berechtigt, wenn sie einen national-sozial und volkswirtschaftlich wichtigen Stand erhalten, und das haben die Getreidezölle getan, ohne daß, was wohl zu merken ist, der deutsche Konsument einen höheren Aufwand als zur Zeit des Freihandels hatte.

Aus den bayerischen Staatswerken

In der letzten Zeit wurden im bayerischen Landtag Beratungen gepflogen über die Staatsbetriebe. Während die Kammer der Abgeordneten sich auf den Standpunkt stellt, daß die Staatsbetriebe dem Staat erhalten bleiben sollen, redet die Reichsratskammer dem Verkaufe oder der Verpachtung der Werke das Wort. Zum Schlusse aber wurden neue Mittel für die Werke bewilligt, sodaß vorläufig alles beim Alten bleibt.

Die Petition des christlichen Metallarbeiterverbandes wurde der Regierung zur Würdigung überwiesen. Ein direkter Erfolg, wie im letzten Jahre, in dem bekanntlich 20 Pfg. Aufbesserung pro Tag bewilligt wurde, konnte in diesem Jahre nicht erreicht werden. Es wäre aber zu wünschen, daß die königliche Staatsregierung die Petition sich etwas genauer anheißt, und es nicht wieder so geht, wie mit der letzten Petition, die auch zur Würdigung überwiesen, aber keinen großen Erfolg brachte. Die Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben haben sich in der letzten Zeit keinesfalls gebessert, sondern — das darf man ruhig sagen — sie haben sich in einzelnen Werken sogar bedeutend verschlechtert.

Für die Werke der Oberpfalz wurden kurz vor Einbringung unserer Petition Fragebogen herausgegeben, durch welche die Lohnverhältnisse ermittelt werden sollten. Zum Ergebnis ist zu sagen, daß in den Werken Bodenmöhre und Weierhammer die Löhne bedeutend gesunken, dagegen in Amberg etwas gestiegen sind. Es muß freilich auch gesagt werden, daß die Arbeiter die Fragebogen noch nicht alle so ausfüllen, wie es sich gehört, und wie das zur richtigen Interessvertretung unbedingt notwendig ist. Wir konnten aber Fälle feststellen, in denen z. B. in Weierhammer Arbeiter pro Jahr bis zu 500 Mark weniger verdienen als früher. Es kann weiter gesagt werden, daß die Wirkungen der schlechten Zeit, ferner daß die so oft verlangte Rentabelform der Werke auf die Arbeiter abgemäht worden sind. Feierschichten, Akkordabkürzungen, Arbeiterentlassungen und zwar letztere in Amberg in ziemlich großem Maßstabe waren im letzten Jahre an der Tagesordnung. Bei den Arbeitern hat man bedeutende Summen gesparrt. Bewiesen sei auf den Artikel in Nr. 43, 1913, der eine Zusammenstellung der Akkordabzüge enthielt, und in dem festgestellt wurde, daß der Abzug allein bei 70 Arbeitern in Weierhammer

so viel betrug als die 20 Pfg. Aufbesserung pro Jahr für die sämtlichen Arbeiter des Betriebes ausmachte. Wir haben aber nichts davon gehört, wo die Verwaltung bei den Beamten gepart hätte.

In Amberg sind in der Gießerei bedeutend weniger Arbeiter beschäftigt als früher, ob auch Beamte weniger vorhanden sind, konnten wir bis heute nicht feststellen. Ob man auch den Beamten den Lohn in der schlechten Zeit gekürzt hat, besonders in den Werken, die mit Feierschichten arbeiteten, haben wir auch nicht in Erfahrung bringen können. Man kann daher zu keinem anderen Schluß kommen als dem, daß die Arbeiter die Kosten zahlen müssen. Nicht nur in Weierhammer sind bedeutende Abzüge erfolgt, sondern auch in Bodenmöhre, sind die Akkorde in der letzten Zeit bedeutend gekürzt worden. Um den Wenigerverdienst festzustellen, sind die Arbeiter dazu übergegangen ihren Verdienst durch Fragebogen zu ermitteln. Auf diesem Wege wird es möglich sein, den Wenigerverdienst genau anzugeben. Es liegt nun an den Arbeitern von Bodenmöhre, durch sorgfältiges Ausfüllen der Fragebogen dafür zu sorgen, daß das gewonnene Material vollständig ist, um einen durchschlagenden Eindruck in der Öffentlichkeit zu hinterlassen.

In Amberg ist es vor kurzem wegen ähnlicher Sachen zu einer Arbeitsniederlegung gekommen. Der Streik drehte sich um die Regelung der Pausen, sowie die Einführung eines neuen Akkordes. Wir wollen nicht näher auf die plötzliche Arbeitsniederlegung in der Röhrengießerei eingehen, hervorzuheben ist aber, daß die Arbeiter Erfolg hatten. Die Kündigungen wurden zurückgenommen, die Pausen geregelt, und der Verdienst ist nach einigem Hin- und Her der gleiche geblieben. Sicherlich wäre es anders gekommen, wenn die Arbeiter nicht gezeigt hätten, daß sie nicht gewillt sind, aus ihrer Haut Riemen schneidew zu lassen. Für die plötzliche Arbeitsniederlegung wurden die Arbeiter um 1/2 Schicht gestraft. Es ist uns aber nicht bekannt geworden, ob der Vorgesetzte für die plötzliche Entlassung von Arbeitern, die bisher noch nicht bestraft waren, auch so behandelt worden ist. Abzüge haben sich in Amberg auch in der Pückerlei der Handelsgießerei bemerkbar gemacht. Hier ging der Akkordlohn pro Tag von 4,50 Mark fast auf 3,50 Mark zurück; dazu kam, daß die Arbeiter noch Arbeiten machen mußten, die sie früher nicht zu leisten brauchten. Unser Verband hat daraufhin eine Eingabe an die Werksleitung um Erhöhung der Akkordlöhne gemacht. Zwei Artikel wurden aufgebessert, sodaß der Akkordlohn im Monat April wieder auf 4 Mark zu stehen kam.

Aus all diesen Vorgängen ist zu ersehen, daß unsere Kollegen in den Staatswerken um nichts anderes daran sind, wie die Kollegen in den Privatwerken. Und wenn die letzte schlechte Zeit irgend etwas Gutes gehabt hat, so war es dies, daß den Kollegen in den Staatswerken vor Augen geführt wurde, welche Wege sie einschlagen haben. Unsere Kollegen in den Staatswerken glaubten ja wohl, besser daran zu sein, als die Kollegen in den Privatwerken. Die Zeit hat ihnen das Gegenteil bewiesen. Daß es in Zukunft von selber besser wird, glaubt niemand, und daß die Kollegen in den Staatswerken zur Selbsthilfe greifen müssen, dürfte jedem der Augen hat, um damit zu sehen, klar sein. Viele meinen ja wohl der Landtag könne alles tun. Es ist ausgeschlossen, daß der Landtag zu jeder Akkordreduzierung Stellung nehmen kann, das kann nur die Selbsthilfe tun. Außerdem muß festgestellt werden, daß man auch den Organisationen gegenüber von der obersten Leitung herab eine andere Stellung einnimmt, als wie zu Zeiten des Herrn Generaldirektors Rudolf. Da heißt es, wir verhandeln nur mit den Arbeiterausschüssen; die Eingaben und Petitionen, die von Seiten der Staatsbetriebe kommen sind nicht von den Arbeitern, sondern von den Verbandsfunktionären; die Arbeiter in den Staatswerken sind zufrieden. Ja, wir kennen einen Bergmeister, der, wie Arbeiterausschüßmitglied berichtet, die nicht unserem Verbands angehören, sagte: „Ihr könnt den ganzen Landtag bringen, ich mach's doch wie ich will.“ Höher geht's nimmer.

Die Kollegen können aus dieser Sachlage nur die Lehre ziehen, daß sie sich nicht nur zusammenschließen, sondern auch festhalten müssen, an dem, was sie errungen, und sich unter keinen Umständen durch Zwistigkeiten zersplittern lassen dürfen. Was nützt es, wenn das Erreichte, durch die Uneinigkeit wieder verloren geht. Man muß dann wieder von vorn anfangen. Andere Berufe bauen auf dem auf, was sie errungen haben; sie kommen vorwärts.

Darum hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, anschalten und mitarbeiten an der Hebung unseres Standes, muß die Lösung für jeden denkenden Arbeiter der bayerischen Staatswerke sein!

Die Maßzahlen werden in Millimetern eingetragen und sollen so gesetzt werden, daß sie die gezeichneten Formen nicht undeutlich machen, sie dürfen also nicht zu nahe den Umrißlinien und nicht auf den Mittellinien stehen. Deshalb ist in solchen Fällen, wo sich dies nicht vermeiden läßt, statthast, die Maßlinien aus der Zeichnung herauszuzeichnen und die Maßzahlen außerhalb der Zeichnung herauszuschreiben. Die Zahl soll immer in Richtung der Maßlinie stehen, um Irrtümer auszuschließen, wenn sich mehrere Maßlinien kreuzen. Die Maß- und Mittellinien dürfen das Bild des Gegenstandes nicht verschleiern, sie müssen also in der Zeichnung zurücktreten. Man zieht die ersteren gewöhnlich rot mit einer Linie für die Zahl, die letzteren blau aus und zeichnet sie schwächer als die Umrißlinien, deren Stärke sich ebenso wie die Größe der benutzten Schrift nach dem Maßstab der Zeichnung richtet. Alle Werkzeichnungen sind soweit als möglich, in natürlicher Größe zu zeichnen. Als nächst kleinerer Maßstab ist 1:5 zu wählen mit Einzeldarstellungen in natürlicher Größe, alle anderen Maßstäbe müssen gleichfalls dezimale sein, und zwar 1:10, 1:20, 1:50, 1:100 usw. Vom Maßstab 1:2 ist abzuraten, es gibt meist unübersehbare Darstellungen und daher leicht Anlaß zu Irrtümern. Alle sonstigen Maßstäbe sind gänzlich unzulässig. Die Konstruktionsformen müssen in soviel Projektionen, bezw. Schnitten dargestellt werden, daß sie vollständig bestimmt sind. Außerdem müssen die Projektionen nach dem allgemein angenommenen Verfahren richtig unter- und nebeneinander gezeichnet und dürfen nicht beliebig verteilt werden. Da das Wesentliche der Maschine überwiegend im Innern derselben liegt, hat man meist Schnittfiguren darzustellen. Hierbei ist es immer zu wählen, bei symmetrischen Formen Teilprojektionen anzuwenden, z. B. nur halbe Schnitte und Ansichten nebeneinander darzustellen. Die Trennungslinie muß jedoch immer die Mittelmitte sein. Gebrochene Schnitte werden vielfach angewendet, um bei symmetrischen Formen in einer Figur möglichst viel darzustellen, jedoch ist dann bei ungewöhnlichen Formen die Schnittlinie genau anzugeben. Konstruktionssteile, deren Schnitte nichts Neues darstellen, werden überhaupt nicht geschnitten, auch wenn

sie in der Schnittebene liegen, z. B. Bolzen, Stangen, Rippen, alle ebenen Flächen, volle Dangler, Regel usw. würden im Schnitt nichts für die Ausführung Erforderliches darstellen und die Zeichnung nur unklar machen. Die Güte der Maßlinienzeichnung liegt ausschließlich in richtiger Formendarstellung und gleichmäßig scharfen und kräftigen Linien. Rißige und unbestimmte Linien machen eine Zeichnung undeutlich und unübersehblich; dazu kommt richtige und übersichtliche Verteilung der Figuren, deutliche Schrift und, wenn notwendig, einfachste farbige Behandlung einzelner Teile der Zeichnung, namentlich der Querschnitte. Aller Zierat und überflüssige Materialien sind zu vermeiden. Die Umrißlinien der Formen sind schwarz und kräftig zu zeichnen. Ihre Strichstärke richtet sich nach Zweck und Maßstab, sowie nach der Kompliziertheit der Zeichnung. Linien unter 1/4 mm sollen für Werkzeichnungen nicht benutzt werden. Bei Zeichnungen in natürlicher Größe nicht unter 1/4 mm. Fallen viele Linien zusammen, dann können die enganeinanderliegenden etwas schwächer gezeichnet werden. Komplizierte Formen sind in genügenden Einzeldarstellungen zu zeichnen. Unschärfbare Linien sind nur, wenn unbedingt erforderlich, anzugeben und dann nicht zu punktieren, sondern zu stricheln oder bei größerem Maßstabe voll, aber dünn oder mit blauer Tusche auszuführen. Schon der Bleistiftentwurf der Zeichnung ist zur Verhütung von Fehlern übersichtlich und sauber auszuführen. Abrundungen und charakteristische Uebergangsformen müssen schon in Blei ausgeführt werden. Fehlerhaft ist es, schwarz und dünn mit hartem Bleistift zu zeichnen. Auch müssen immer sofort alle überflüssigen, entbehrlichen Konstruktionslinien entfernt werden, damit die Resultate der Konstruktion klar und deutlich hervortreten. Das Ausziehen einer Zeichnung erfordert scharfsinnige Aufmerksamkeit; um Zeit zu sparen, sind zuerst alle Kreise zuerst die großen, dann die kleineren, zu ziehen, weil sich gerade Linien an diese leichter anschließen lassen, als umgekehrt. Dann alle Horizontalen mit der Reißhahne, alle Vertikalen mit dem Winkel und hierauf die schrägen Linien. Das Fehlende ist freihändig oder mit dem Kurvenlineal zu er-

gänzen. Zur möglichst deutlichen Hervorhebung der Querschnitte und Ansichtsflächen werden sie mit Farbe angelegt oder schraffiert, und zwar die Querschnitte dunkel und kräftig, die Ansichten mit blauer Farbe. Die allgemein im Maschinenbau übliche Verwendung der Farben ist:

- Schmiedeeisen = hellblau,
- Stahl = violett,
- Gußstahl = grau oder Neutralfarbe,
- Kupfer = karminrot,
- Rotguß = rotgelb,
- Weißmetall = grün,
- Holz = Sienna mit Maserung,
- Leder = Sepia.

Bei der Verschiedenartigkeit der einzelnen Konstruktionsmaterialien jedoch, betreffend Art, Qualität, Legierung ist die schriftliche Angabe derselben erforderlich. Diese Farben werden beim Kopieren nicht wiedergegeben und wird daher von der Materialunterzeichnung ganz abgesehen. Man hebt in diesem Falle die Querschnitte zum Zwecke der zeichnerischen Deutlichkeit durch Schraffierung hervor, wobei jedoch zu vermeiden ist, alle Querschnitte gleichmäßig schraffiert oder vollschwarz darzustellen.

Abgekürzte Darstellung.

Maschinenteile, deren Form nach Normalien oder besonderen Ausführungszeichnungen abgekürzt (schematisch) dargestellt wird, z. B. Hähne, Ventile, Schieber, Armaturen und andere durch Massenfabrikation hergestellte Teile, sowie besonders Befestigungsarbeiten, werden, wenn sie sich wiederholen, nur einmal ausgezeichnet; die Stückzahl wird hinzugefügt. Schrauben sind immer vereinfacht darzustellen und ist die Zeichnung des Gewindes überflüssig. Zur richtigen Herstellung genügen der äußere Bolzendurchmesser und die Gewindeansätze nach der Skala des Einheitsgewindes. Nur bei Abweichungen von der Normalgröße wird besondere Darstellung des Schraubengewindes und entsprechende schriftliche Angabe erforderlich.

Allgemeine Rundschau

Die Arbeiterentlassungen bei der Waggonfabrik de Dietrich im Reichstage

Die Arbeiter der Waggonfabrik de Dietrich in Reichshausen (Elsaß) haben sich in letzter Zeit den christlichen Gewerkschaftsverbänden der Metall- und Holzarbeiter und der Maler angeschlossen. Kurz danach ging die Firma mit Arbeiterentlassungen vor. In der elsäß-lothringischen Kammer hat der Abgeordnete Collet - wie wir berichteten - das Verhalten der Firma gekennzeichnet und die Regierung ersucht Schritte zu unternehmen zur Wahrung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes.

Im deutschen Reichstag hat Herr Abgeordneter Haub bei der Beratung des Haushaltes der Verwaltung der Reichseisenbahnen das Vorgehen der Firma de Dietrich kritisch unter die Lupe genommen. Wir lassen nachstehend die trefflichen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Haub im Wortlaut folgen:

„Meine Herren, mit wenigen Worten nur möchte ich die Aufmerksamkeit der Verwaltung der Reichseisenbahnen auf die Waggonfabrik de Dietrich in Reichshausen lenken und zeigen, wie in dieser Fabrik das Koalitionsrecht der Arbeiter mit Füßen getreten wird. Die Firma de Dietrich hat zu Beginn des Monats April dieses Jahres zehn Arbeiter entlassen, weil sie sich der christlich-nationalen Arbeiterbewegung angeschlossen haben. (Hört, hört!) Ein Arbeiter, der gleichzeitig eine Wirtschaft betreibt, wurde mit der Begründung entlassen: er habe sein Lokal den Arbeitern zu Versammlungen zur Verfügung gestellt. (Hört, hört! bei den Elsaß-Lothringern.) Es ist bekannt, daß die de Dietrich-Werke zu den sozial rückständigsten im ganzen Deutschen Reich gehören. Das jetzige Vorgehen der Fabrikleitung setzt aber doch dem Ganzen die Krone auf. Die Fabrikleitung will mit allen Mitteln verhindern, daß die Arbeiter durch einen Zusammenschluß ihre soziale Lage verbessern. Sie will nach wie vor den brutalen Herrschaftspunkt in ihrer Fabrik gewahrt wissen. Alle rechtlich denkenden Menschen müssen in dem Vorgehen der Fabrikleitung einen schweren Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Arbeiter erblicken. Dieser Eingriff wirkt um so unmoralischer, als es sich um eine Fabrik handelt, die größtenteils ihre Aufträge vom Staate bezieht, also aus allgemeinen Mitteln gewissermaßen subventioniert wird. Und da meine ich, daß es Aufgabe einer solchen Fabrik wäre, vor allen Dingen Recht und Gesetz zu wahren, auch nicht gegen den Geist der Arbeitergesetzgebung zu verstoßen, ja, gewissermaßen bezüglich der öffentlichen Moral eine Musterfabrik zu sein. (Zustimmung bei den Elsaß-Lothringern.)

Leider hat die Waggonfabrik de Dietrich diese Erkenntnis nicht. Aufgabe der Verwaltung der Reichseisenbahnen wäre es, ihr dieselbe beizubringen. Statt dessen äußert sich in einem Schreiben an den Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes Herr Staatsminister v. Breitenbach:

„Ich muß es mir grundsätzlich versagen, in die sozialen Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzugreifen.“

Wo handelt es sich hier denn um soziale Kämpfe? Ist etwa ein Streik, ein Boykott von den Arbeitern inszeniert worden? Nein! Das einzige, was die Arbeiter wollen, ist das Recht, sich vereinigen zu dürfen und eine Besserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Aufgabe des Staates ist es, Fabriken, die er mit Aufträgen versieht, klar zu machen, daß die einzige Bedingung für die Arbeitsübertragung die Erfüllung von Recht und Gesetz sei. (Sehr richtig! bei den Elsaß-Lothringern und bei den Sozialdemokraten.)

Wir verlangen von der Verwaltung der Reichseisenbahnen, daß sie dies im Interesse der gemäßregelten Arbeiter der christlichen Gewerkschaften in nachdrücklichster Weise geltend mache. (Lebhafte Beifall bei den Elsaß-Lothringern und beim Zentrum.)

Es ist zwar sehr bedauerlich, daß der Vertreter der Reichseisenbahnen nicht direkt auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Haub geantwortet hat. Trotzdem werden sie nicht vergeblich sein. Die Verwaltung der Eisenbahnen kann für die Dringlichkeit der Darlegungen nicht verschleißen, wenn sie nicht selber in Kalamitäten geraten will.

Die Arbeiter in Reichshausen mögen auch aus dem Vorgehen im deutschen Reichstag ersehen, daß sie nicht mehr allein stehen und daß ihre Interessen gewahrt werden. Die Kollegen in Reichshausen müssen fernerhin einig und geschlossen zusammenstehen, dann wird ihrer berechtigten Sache auch der Erfolg nicht verjagt bleiben. Sind die Kollegen einig und geschlossen im christlichen Metallarbeiterverband, dann haben sie Rückenbedeckung für alle Lebenslagen.

Sind das nicht auch Arbeitergroßen?

Durch die Tageszeitungen geht eine Notiz, nach der die Berliner Bäckereiarbeiterschaft ihrem Obermeister für seine ehrenamtliche Tätigkeit eine Entschädigung von 4000 Mark gewähren will. Das geht uns ja schließlich nichts an, was aber bei dieser Gelegenheit öffentlich bekannt geworden ist, zwingt uns doch einige Worte ab. Die Berliner Bäckereiarbeiterschaft wollte die Entschädigungssumme für ihren Obermeister parlamentarisch festlegen. Wie berichtet wird, erhob die Gewerbe- und Handelskammer von Berlin hiergegen keine Einwendungen, während der Polizeipräsident von Berlin die Genehmigung der Statutenänderung ablehnte. Die gegen diese Entschädigung erhobene Beschwerde wurde vom Handelsminister mit der Begründung zurückgewiesen, daß die geplante Erhöhung der Entschädigung des Obermeisters auf 4000 Mark über den Rahmen einer ehrenamtlichen Entschädigung hinausgeht.

Damit der Obermeister zu seinem Ehrenlohn kommt, soll nun die Handwerkskammer bei den zuständigen Behörden nachhaken. In der Begründung wird u. a. hervorgehoben, daß der Vorsitzende einer Berliner Ortskrankenkasse für seine ehrenamtliche Tätigkeit eine Entschädigung von 10 000 Mark erhält.

Wir sind der Meinung, daß diese Entschädigung sehr hoch, reichlich hoch ist. Zehntausend Mark für eine ehrenamtliche Tätigkeit - welche Summe doch zu zwei Dritteln von der Arbeitern angebracht werden muß - stehen nicht im richtigen Verhältnis zu der dafür geleisteten Arbeit. Für zehntausend Mark erhält man erstklassige akademisch gebildete Kräfte, im Hospital. Die Arbeitervertreter in den Krankenkassen sollten darüber wachen, daß die Arbeitergroßen auch im Interesse der Arbeiter Anwendung finden. Es macht gerade keinen erhebenden Eindruck, daß es eine Berliner Krankenkasse ist, die für die ehrenamtliche Tätigkeit 10 000 Mark bezahlt. Berlin

die Stadt mit der stärksten sozialdemokratischen Bewegung, in welcher der Faden: Masse und Führer, nicht abreißt.

Die Arbeitgeberverbände

Es ist bekannte Tatsache, daß die Arbeitgeberverbände nicht nur die schwarzen Listen, sondern auch ihre Statuten geheimhalten. In vielen Fällen, schreibt das Zentralblatt in seiner neuesten Nummer, ist es für die Gewerkschaften von Wichtigkeit, diese zu kennen. Zum Teil ist es den Gewerkschaften auf Grund der Vorschriften des bürgerlichen Rechts möglich, einen Einblick in die Verfassung der Arbeitgeberverbände zu tun. Letztere sind nämlich vielfach rechtsfähige Vereine. Als solche haben sie die Pflicht, beim Amtsgerichte ihres Sitzes die Satzung in Urschrift oder Abschrift einzurichten. Eine Abschrift der Satzungen bleibt stets bei den Registerakten. Ferner muß der rechtsfähige Verein jede Aenderung der Satzungen, sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes beim Registergericht anmelden. Aenderungen der Satzungen sind ohne Eintragung in das Register unwirksam. Nach § 79 BGB. ist die Einsicht in das Vereinsregister, sowie der von dem Vereine bei dem Amtsgerichte eingereichten Schriftstücke jedem ohne weiteres gestattet. Von den Eintragungen kann eine Abschrift gefordert werden; die Abschrift ist auf Verlangen zu beglaubigen.

Gelbe Angelverfuche unter der Jugend

Auf der Saarbrücker Tagung der Gelben wurde auch von der „erfreulichen“ Entwicklung der Jugendabteilungen der gelben Werkvereine gesprochen. Der Vorsitzende des gelben Jugendbundes, Kirchner, Essen, berichtete, daß der gelben Agitation bereits 5500 jugendliche Arbeiter zum Opfer gefallen seien, die auf 63 Jugendabteilungen entfallen, welche dem gelben Jugendbund angeschlossen sind. Nicht berichtet hat er allerdings, daß die meisten Jugendabteilungen anfangs gar nicht wissen, daß sie in eine gelbe Organisation hineingeraten sind und als Kanonensfutter zur Bekämpfung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiterschaft vorbereitet und mißbraucht werden sollen. Oder hat nur einer der Lehrlinge, und jugendlichen Arbeiter, die vielleicht auf den nachstehend gekennzeichneten Leim gehen, auch nur eine Ahnung davon, daß die harmlos klingende Bekanntmachung die Einleitung zur Gründung einer gelben Jugendabteilung ist? In der Kruppischen Friedrich-Wilhelm-Hütte in Rheinhausen erschien kürzlich folgende

Bekanntmachung.

Es wird beabsichtigt, an einem oder zwei Abenden in der Woche von 1/27 bis 1/8 Uhr, voraussichtlich Montags und Donnerstags, ein Lehrlingsturnen, in der neuen Turnhalle am Hauptportier einzurichten.

Bis zum 19. d. M. wollen sich diejenigen Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, welche eventl. an diesem Turnen teilnehmen würden, im Walzwerkshäuschen melden.

Walzwerk, den 12. Mai 1914.

Die Betriebschefs: Unterschriften.

So wird's gemacht. „Hütet Euch vor denen, die in Schafskleibern zu Euch kommen!“ Warum verbergen die Gelben ihr Firmenschild, wenn es sauber ist, warum geht man auf Umwegen auf das Ziel zu, wenn man, wie in Saarbrücken versichert wurde, die besten Absichten hat. Fühlt man sich doch nicht so ganz rein? Oder fürchtet man, daß der gesunde Sinn, der gerade, deutsche Charakter der Jugend bei offenem Spiel von den Gelben abgestoßen würde? Jedenfalls hat man schon dementsprechend Erfahrungen gemacht. Dann bleibt unleseren Kollegen ja nur noch die Aufgabe, den wahren Charakter der harmlosen Bekanntmachungen und Gründungen der Gelben zu enthüllen um den Jungen den Weg zu weisen, der allein der Richtige ist! Den Weg in die Jugendklasse des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Streiks und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Sei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Wien. Bei der Karosseriefabrik Wehling bestehen Differenzen.

Breslau. Auf der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen die Arbeiter im Streik.

Halle. Bei der Firma Ackermann stehen die Former wegen Akkordabzügen im Streik.

Krefeld. Bei sämtlichen Firmen der Bereinigung Krefelder Elektro-Installationsfirmen stehen die: Monteur und Hilfsmonteur wegen Tarifbruch der Arbeitgeber im Streik.

Münster. Die Arbeiter der Karosserie- und Luxuswagenfabriken stehen im Streik.

Sachsen. Die Waffenarbeiter sind ausgeperrt.

Bierze. Die Arbeiter der Firma Anton Hamm stehen im Streik.

Zuzug ist fernzubalten.

Reze. Inzwischen schon zwischen Bergen und Höhen liegt das kleine Industrieindustrialen Nette. Anmutig breitet das sich zu einem Badeort entwickelnde Städtchen dem Auge des Beschauers dar. Aber hinter der schönen Außenwelt verbirgt sich doch noch manches karge Dasein und hart müssen die Arbeiter von Nette und Altmetalle sich machen, um eine Besserung der Existenzbedingungen. Nicht nur in der Metallindustrie, nein, in der gesamten Industrie müssen dank des Eingreifens der Verbände der Arbeitgeber, die Arbeiter dieser Orte um jede Aufbesserung kämpfen oder zum Kampf entschlossen sein.

In einem Kampfe kam es in den letzten Wochen auch bei der Firma Wagenfabrik H. Schömaier u. Co. Die Ursachen dieses Kampfes lagen in den unzufriedenenden Lohnverhältnissen. Beschäftigt sind bei der Firma Schömaier über 100 Arbeiter. Die Hälfte aller Arbeiter ist dauernd ohne Akkordarbeit gegen festen Stundenlohn beschäftigt. Es kommen durchweg nur ältere und kräftige Arbeiter in Frage. Die Lohnverhältnisse waren: 6 Arbeiter verdienen unter dem Normallohn von 31 Pfg. und 31 Arbeiter verdienen 31 Pfennig pro Stunde. Die übrigen Lohnarbeiter waren in geringer Weise besser gestellt. Höher als 36 Pfg. stand kein Stundenlohn. Die Akkordarbeiter hatten höhere Löhne. Die Akkordarbeiter erklärten sich aber bereit, mit den Lohnarbeitern

tern gemeinsam wirken zu wollen für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter im allgemeinen.

Die von den Organisationen in Verbindung mit dem Arbeiterausschuß und den Mitgliedern der Verbände aufgestellten Forderungen um eine Aufbesserung der Löhne wurden von der Firma abgelehnt. Es kam zu einem Kampfe, welcher ca. 4 Wochen dauerte. In mustergültiger Weise haben alle Streikenden bis zum Schluß ausgehalten und durch ihre Einmütigkeit, allen Einflüsterungen anderer Elemente zum Trotz, den Sieg errungen. Erreicht wurden folgende Verbesserungen für die Lohnarbeiter: Die schlechtesten gestellten Arbeiter erhalten eine Aufbesserung von 3 Pfg. jetzt und je 1 Pfg. im nächsten und übernächsten Jahre, zusammen 5 Pfg. Der normale Stundenlohn wird für jetzt um 2 Pfennig erhöht und eine weitere Erhöhung tritt in den beiden nächsten Jahren ein, zusammen 4 Pfg. Die durchschnittliche Erhöhung der Löhne beträgt in den 3 Vertragsjahren, welche die Firma mit den Arbeitern eingegangen ist, 10-16 Proz. Die Erhöhung der Akkorde wurde auf insgesamt 6 Proz. festgelegt. In Geld umgerechnet sind erreicht: 6 Lohnarbeiter erhalten einen Mehrverdienst von 370 M. in drei Jahren, 40 Kollegen erhalten einen Mehrverdienst von 280 M., 13 Kollegen ein Mehr von 180 M. Die Akkordarbeiter entsprechend ihrem bisherigen Akkord plus Zulage. An Arbeitszeitverkürzung wurde für sämtliche Arbeiter eine Verkürzung von 33 Stunden im Jahre erreicht bei Fortzahlung des Lohnes für die Lohnarbeiter.

In Anbetracht der schlechten Allgemeinkonjunktur kann der Ausgang dieses Kampfes befriedigen. Noch besser hätten die Kollegen abschneiden können, wenn auch der letzte Mann den Betrieb verlassen hätte. Der kleine Rest der unsolidarisch handelnden Arbeiter vermochte zwar den Kampf zu verlängern, aber nicht zu zerschlagen oder in seinem Endausgange störend zu beeinflussen.

Das Ende des Kampfes wurde herbeigeführt durch Verhandlungen, welche geleitet wurden durch den Landrat Treibherrn v. Pöfel. Für seine friedensfördernden Bemühungen danken die Arbeiter diesem Herrn besonders.

Kollegen! Das Ende dieses Kampfes ist da. Ob es der letzte Kampf war, wird die Zukunft leihr. So wie die Dinge liegen, kann es nur eine Ruhepause für einen weiteren Ansturm zu späterer Zeit geben. Die Tariflöhne anderer Berufe in Welle und Altmetalle sind besser und steigen weiterhin. Wir Metallarbeiter dürfen nicht zurückbleiben. Einigkeit tut not, um das Erhaltene zu verteidigen und gewappnet zu sein.

Aus Wirtschaft und Technik

Eine Panzerplatten-Schmiedepresse

von 12 000 000 Kilogramm, die zur Herstellung von Panzerplatten, schwersten Geschützrohren u. dergl. im Gewichte von 120 000 Kilogramm und mehr dient, ist auf der Deutschen Werkbund-Ausstellung ausgestellt. Zur betriebsfertigen Anlage gehören außer der Schmiedepresse noch eine Druckluftenergieerzeugungseinrichtung sowie die Hebeapparate usw. Das Gesamtgewicht einer derartigen Presseanlage beträgt etwa zwei Millionen Kilogramm, wovon mehr als eine Million Kilogramm auf die eigentliche Presse entfallen. Das Oberteil der Presse wiegt etwa 300 000 Kilogramm, die Traverse (Druckstück) 200 000 Kilogramm, das Unterteil etwa 300 000 Kilogramm Kilogramm und die vier Säulen mit den zugehörigen Muttern etwa 250 000 Kilogramm. Bei der wirklichen Ausführung ist die ganze Anlage aus Schmiedestahl und Stahlforniaß ausgeführt. Mit Rücksicht auf die Verlade- und Versandmöglichkeit ist das Oberteil der Presse, das Führungsstück sowie das Unterteil aus mehreren Stücken zusammengefügt, die einzeln ein Gewicht bis zu 85 000 Kilogramm erreichen. Ausstellerin der Presse ist die Ralker Werkzeugmaschinenfabrik Breuer, Schumacher u. Co.

Verbilligung elektrischer Hausanlagen

Die Fahrradindustrie erfuhr ihren Aufschwung bekanntlich erst dann, als die Räder soweit verbilligt wurden, daß sie nicht mehr Luxus- sondern Gebrauchsartikel wurden, auch für den kleinen Mann. Eine ähnliche Entwicklung macht die elektrotechnische Industrie durch. Sie hat in gleichem Maße an Bedeutung und Umfang zugenommen, je mehr sie die Anlagen und deren Unterhaltungskosten verbilligte und dadurch die elektrische Beleuchtung allgemeiner wurde. Eine weitere Verbilligung der Gesamtanlagen wäre, wie der „Prometheus“ feststellt, möglich, wenn entsprechend dem in den letzten Jahren immer mehr zurückgeschraubten Stromverbrauch der Glühlampen auch der Kupferverbrauch in den Zimmerleitungen vermindert würde. In der Regel werden jetzt Hausleitungen mit 2,5 qmm Kupferquerschnitt, und Zimmerleitungen von 1-1,5 qmm Querschnitt verlegt. Bei der heutigen Strombelastung ist jedoch ein geringerer Querschnitt vollkommen ausreichend. Wenn die Zahl der in den einzelnen Räumen brennenden Glühlampen nicht gerade übermäßig groß ist, sind Zimmerleitungen mit 0,5 qmm Querschnitt reichlich genug. Bei der heutigen geringen Spannung genügt für Zimmerleitungen 1 qmm Kupferquerschnitt; für Verteilungsstromkreise im Hause ein solcher von 2 qmm. Dieses lassen allerdings die Sicherheitsvorschriften des Verbandes deutscher Elektrotechniker heute noch nicht zu. Es ist deswegen zunächst auf eine den neuen Verhältnissen entsprechende Abänderung dieser Vorschriften zu drängen. Die dadurch entstehende Verbilligung der Hausinstalltionen würde der elektrischen Beleuchtung sicher eine noch weitere Verbreitung und der elektrotechnischen Industrie eine entsprechende Vergrößerung des Arbeitsgebietes sichern. Im übrigen könnte auch jetzt schon der Kupferverbrauch dadurch erheblich eingeschränkt werden, wenn man, was auch bei den bestehenden Vorschriften zulässig ist, bei einer Spannung von 220 Volt von der Verteilungstafel bis zur Lampe, Drähte von 1 qmm Querschnitt verlegt und bei 110 Volt wenigstens bei den Zimmerleitungen nicht über diesen Querschnitt hinausgeht.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 7. Juni der vierundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. Juni bis 13. Juni fällig.

Die graue Zählkarte

zur Reichs-Arbeitslosen-Statistik für den Monat Mai ist allen Verwaltungsstellen zugeföhrt worden. Die Zählkarte soll

Sektionen, in denen sie planmäßig durchgeführt wurde, war es möglich, ihre Mitgliederzahl zu verdoppeln. Dieses muß auf die Zahlstellen, die sich noch nicht so recht zur Hausagitation haben ausschwingen können, einwirken und zur Nachahmung anspornen.

Während im Bereich unserer Verwaltungsstelle der sozialdemokratische Metallarbeiterverband im Jahre 1913 nur eine Zunahme von 22 Mitgliedern zu verzeichnen hatte und der S.-D. Gewerksverein sogar um ca. 25 Mitglieder zurückging, hatten wir in der gleichen Zeit einen Zuwachs von 109 Kollegen. Auch das 1. Quartal 1914 war günstig für uns, konnten wir doch unsere Mitgliederzahl um 98 steigern. Der Erfolg wäre aber noch viel besser, wenn sich mehr Kollegen an der Hausagitation beteiligt hätten. Die Kollegen aber die mitgearbeitet haben, dürfen nun nicht auf den Lorbeeren ausruhen wollen, sondern müssen die anderen mit heranziehen und vereint mit frischen Kräften an die Arbeit für die Weiterentwicklung unserer Verwaltungsstelle herantreten. Tausende von Metallarbeitern stehen in unserm Bezirke der gewerkschaftlichen Organisation noch fern; eine überaus große Anzahl dieser Metallarbeiter steht auf unserem Boden, ist also für den christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen, wenn wir nur ernstlich wollen. Jeder Kollege muß kräftig mitarbeiten: Dem Mutigen gehört die Welt! Wir dürfen nicht eher ruhen, und rasten, bis der letzte organisationsfähige Metallarbeiter gewerkschaftlich organisiert ist.

Das Jahr 1913 und auch die ersten Monate dieses Jahres waren für unsere Verwaltungsstelle eine Zeit des Kampfes. Wenn wir auch in dieser Zeit keinen Streik oder Aussperrung zu verzeichnen hatten, so mußten wir doch, wenn auch auf dem Wege der Verhandlungen um Verbesserung im Lohnverhältnis, oder Abwehr von Verschlechterungen unsern Mann stehen. Gemeinsam mit den Hirsch-Dunker'schen oder dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband wurden wir in Bewegung verwickelt bei der Firma Colman-Kleinhammer und der Firma Klinke-Altena. Diese Bewegungen endeten mit einem guten Erfolge für die Arbeiterschaft. Bei der Firma J. W. Dunker gelang es uns, zweimal wesentliche Akkordverbesserungen zu erzielen.

Besonders bemerkenswert sind die Lohnbewegungen, die wir allein bei dem Lenne-Elektrizitätswerk Biesel und bei dem Eisen- und Stahlwerk Höfch A.-G., Neu-Dege führten. Auf dem Lenne-Elektrizitätswerk Biesel versuchte die Arbeiterschaft schon seit Jahren, ihren täglichen Lohn zu verbessern. Aber alle Mühe war erfolglos. Wenn auch der Lohn unzureichend für den Lebensunterhalt der dortigen Arbeitskollegen war, konnte der Verband doch nicht eingreifen, weil nur einige wenige den Wert der gewerkschaftlichen Organisation erfaßt und sich unserm Verbande angeschlossen hatten. Nachdem nun die Arbeitskollegen des Werkes fast reiflos dem christlichen Metallarbeiterverbande beigetreten sind, gelang es durch unser Eingreifen, wesentliche Verbesserungen zu erzielen. Der Lohn wurde täglich um 30 Pf. erhöht, für Ueberstunden werden pro Stunde 3 Pf. und für Sonntagsarbeit pro Stunde 5 Pf. mehr gezahlt. Außerdem soll ein Wasch- und Baderaum und ein Speise- und Aufenthaltsraum errichtet werden.

Für eine Anzahl Kollegen des Eisen- und Stahlwerks Höfch, Neu-Dege, wurden auch schöne Erfolge erzielt. Die Verladekolonne, in überwiegender Mehrheit im christlichen Metallarbeiterverbande organisiert, erreichten durch das Vorgehen des Verbandes wesentliche Akkord- und Lohnverbesserungen. Genosse Hoffmeister, Geschäftsführer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, der sich für den Höhenlimburger Bezirk als Alleinherrscher dünkt, lehnte es ab, mit uns gemeinsam vorzugehen, trotzdem wir ihn eingeladen hatten, bei dieser Bewegung mitzuarbeiten. Bitterkeit war es auch gut so. Durch unser Vorgehen wurde erzielt, daß der Akkordlohn pro Tag um 25 Pf. und der Taglohn pro Tag um 50 Pf. erhöht wurde. Gewiß ein schöner Erfolg.

Wären alle diese Erfolge errungen worden ohne die gewerkschaftliche Organisation? Seder, auch der Weltfremdeste, wird sagen müssen, daß nur das feste Zusammenstehen der Kollegen in der Organisation so schöne Früchte zeitigen konnten. Auch das Gerede so vieler überkluger Arbeitskollegen: „Ach, warum soll ich mich dem Verbands anschließen, es nützt ja doch nichts, durch den Verband wird ja doch nichts erreicht!“ muß verkümmern angesichts der schönen Erfolge, die nur durch die Organisation errungen werden konnten.

Kollegen, diese Erfolge müssen uns anspornen zur nimmermüden Agitation für unsere Ideen. Mit voller Kraft müssen wir auch im Laufe des Sommers in der Ausbreitung unseres Verbandes unsern Mann stehen. Gerade die jetzige Zeit ist besonders ernst und fordert alle echten Gewerkschaftler in die Schranken. Alle reaktionären Kreise in unserm Vaterlande sind mit aller Kraft an der Arbeit, dem Arbeiterstande das Koalitionsrecht zu beschneiden. Die Schlagworte: Schutz den Arbeitswilligen, Streikpostenverbot und dergleichen, dienen nur diesem Zwecke. Das bishen Recht und das bishen Freiheit soll uns genommen, mindestens aber stark eingeschränkt werden, während die Arbeitgeber sich in ihren Verbänden ohne jedes Hindernis weiter ausbreiten und immer rücksichtsloser auftreten können. Das beste Abwehrmittel gegen derartige Bestrebungen ist die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Deshalb auf, Kollegen, mit voller Kraft, Mann für Mann in die Agitation für Ausbreitung und Stärkung unsern christlichen Metallarbeiterverbandes! Reger Eifer und Ausdauer werden uns schöne Erfolge bringen.

Bürsburg. Sonderbare Zustände herrschen seit Wochen in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik A.-G. Die durch die Presse angekündigte Sicherstellung des Unternehmens für die Zukunft, soll anscheinend auf Kosten der Arbeiterschaft ermöglicht werden. Abzüge auf Abzüge waren in der letzten Zeit an der Tagesordnung. Die Behandlung und Zutreiberei der Arbeiterschaft ist derartig, daß allgemein bittere Klagen erhoben werden. Der Stundenlohn beträgt für gewöhnliche Arbeiter aller Bezufe mit wenigen Ausnahmen bei neuinständiger Arbeitszeit 38-40 Pfg. Die Akkorde sind so gestellt, daß die meiste Akkordarbeit im Stundenlohn ausgeführt werden muß. Neuerdings sind wieder Akkordabzüge angekündigt, die bei Durchführung einen wöchentlichen Wagnerverdienst von 10-12 M. gegen bisher bedeuten witz-

den. Hier ist es endlich doch angebracht, den Kollegen die Frage vorzulegen: Wollt ihr noch länger ruhig zusehen? Derartige Zustände fordern geradezu heraus zur Ermannung. Die paar Pfennige, die man für die Organisation spendet, läßt man sich lieber zehn- und zwanzigfach vom Arbeitgeber abziehen. Den Kollegen in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik rufen wir zu: Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband. Wer nicht recht- und schuldlos dastehen will, der organisiere sich. Die Arbeiterschaft selbst hat es in der Hand, ob man sie als gleichberechtigten Faktor anerkennen will oder nicht, so auch in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik. Die Betriebsleitung wird solange mit der Gleichgültigkeit ihrer Arbeiterschaft kalkulieren, als es sich diese gefallen läßt.

Briefkasten

Verchiedene Berichte mußten wegen Raummangel für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Zur Beachtung. Von mehreren Orten gehen die wöchentlichen Berichte, betreffend Sperrnotizen sehr spärlich ein; hoffentlich bedarf es nur dieses Hinweises, um Abhilfe zu schaffen.

Eine Anstalt hat sich in letzter Zeit bei einer Anzahl Eisenbindungen bemerkbar gemacht, man heftet die Manuskripte mit Drahtklammern zusammen, die nur mit Gewaltanwendung zu entfernen sind. Das Manuskript wird dabei beschädigt, was um so unangenehmer ist, weil die Klammern in der Schrift stecken. Also für die Zukunft: Weg mit den Klammern, die Nummerierung der einzelnen Blätter genügt vollständig.

Kollege Paul Raschel-Schweidnich. In deinem Schreiben ist weder Buchnummer noch nähere Adresse angegeben; solange diese Angaben fehlen, kann briefliche Antwort nicht erfolgen.

Sterbetafel



Barmen. Am 28. Mai starb unser treuer Kollege, der Presser Jakob Kant im Alter von 34 Jahren infolge Lungenleiden.

Augsburg-Oberhausen. Unser lieber Kollege Josef Waibl, Schlosser, starb am 25. Mai im jugendlichen Alter von 18 1/2 Jahren infolge Herzschlags.

Neheim-Berge. Am 16. Mai starb unser Kollege der Drahtwärter Eduard Limberg, an Lungenentzündung im Alter von 21 Jahren.

Schw.-Gmünd. Im Alter von 41 Jahren verschied am 16. Mai infolge Lungenleiden unser lieber Kollege Johannes Müller.

Ahlen. An Zuckerkrankheit starb unser treuer Kollege Peter Küfing im Alter von 28 Jahren.

Ehre Ihrem Andenken!

Verfallungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen!

Verfällt ohne Grund keine Verfallung!

Sonntag, den 6. Juni.

- Berlin. Abends 8,30 im kath. Gefellenhaus, Königgrüßerstr. Bremerhaven. Abends 8,30 Uhr im Hotel Union.
- Dortmund. Abends 8,30 Uhr bei Wall, Destermarschstr. 1. Eisen. Elektromonteur und Hilfsmonteur. Abends 8 1/2 Uhr im Ledigenheim am Weberplatz, Zimmer 32.
- Eisen. Kunst- und Bauhölzer. Abends 8 1/2 Uhr bei Spahn, Steelerstr. 24.
- Eisen-Feitwig. Abends 8 1/2 Uhr bei Buchmüller.
- Freiburg i. S. Abends 8,30 Uhr im Ganterbräu.
- Karlsruhe. Abends 8,30 Uhr im Palmengarten.
- Köln. Humboldtkolonie. Abends 8 1/2 Uhr bei Huth, Nassaustraße.
- Köln-Stadt. Schmiedefektion. Abends 9 Uhr „Zur Ratsmühle“, Neumarkt 18.
- Oberhausen. Abends 8,30 Uhr bei Kemmerling, Düppelstraße.
- Rabenauwald-Bergerhof. Abends 7 Uhr bei Schumacher.
- Stettin. Abends 8,30 Uhr bei Seelke, Blumenstr. 16, Referent Kollege Rinter-Berlin.
- Stuttgart. Abends 8,30 Uhr im Römischen König, Holzstr. 3.
- Wiesbaden. Abends 8 1/2 Uhr im „Ulmer Hof“, Drenkenstr. 62.

Sonntag, den 7. Juni.

- Bogum. Vorm. 11 Uhr bei Schay, obere Marktstraße.
- Danzig. Nachm. 2 Uhr im Josephshaus.
- Dortmund. (Jugendklasse). Nachm. 3,30 Uhr im Antoniusvereinshaus, Hofmeisterstraße.
- Duisburg-Ruhr. Vorm. 11,30 Uhr bei Sanzen, Kaiserstraße.
- Duisburg-Stadt. Vorm. 11 Uhr im Schorahof, Kuhrockerstr.
- Düsseldorf. Vormittags 11 Uhr Verfallung der gesamten Ortsverwaltung im Penlshaus, Finkenstraße.
- Essen-Mitte. Morgens 11 Uhr bei Wintershoff, Stappenbergerstraße 34.
- Essen-Nellingenhausen. Morgens 11 Uhr bei Schroer.
- Essen-Werden-Kapferdreh. Morgens 11 Uhr bei Erkens in Byfang.
- Grevenbroich. Vormittags 11 Uhr Verfallung im Lokale Bienenfeld, Rheinbrückstraße.
- Hagen-Altenhagen. Morgens 11 Uhr bei Steinhaus.
- Hagen. (Jugendklasse). Nachm. 5 Uhr große Jugendverfallung im Saale des Wilhelmshofes, Bahnhofstraße 19. Die Kollegen sämtlicher Gruppen müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung.
- Hamborn-Markhof. Nachm. 2,30 im Kolpinghaus, Dillweg.
- Herford. Vormittags 11 Uhr im Evangel. Vereinshaus.
- Hülshagen. Morgens 10,30 Uhr bei Weber.
- Karlsruhe-Darshanen. Nachmittags 3,30 Uhr im „Hirsch“.
- Köln-Singf. Morgens 11 Uhr bei Vög, Dillheimerstraße.
- Krefeld-Stadt. Morgens 11 Uhr Mitgliederverfallung in der „Reichshalle“.
- Köln-Venndt. Morgens 1/11 Uhr bei Kreis.
- Melmerode. Nachmittags 4 Uhr im Friemersheim bei Bw. Köpcke, Kaiserstraße.
- Schloß Holte. Vormittags 11 Uhr bei Brockmann.

Mittwoch, den 10. Juni.

- Danzig-Teppat. Abends 6 Uhr im „Foppoter Hof“.

- Donnerstag, den 11. Juni. Danzig-Ohra. Abends 8 Uhr bei Wachowski.
- Freitag, den 12. Juni. Gaggennau. Abends 8 Uhr im Bahnhof.
- Sonntag, den 13. Juni. Berlin-Norden. Abends 1/9 Uhr bei Thiere, Hufstienstraße.
- Buchholz. Abends 9 Uhr bei Küpper, Düsseldorferstr.
- Dortmund 1. Abends 9 Uhr bei Kroll, Körnerplatz.
- Düsseldorf-Dereudorf. Abends 1/9 Uhr Bezirksverfallung mit wichtiger Tagesordnung im Lokale Paaf, Annstr. 53.
- Eisenach. Abends 1/9 Uhr im „Weimarschen Hof“.
- Essen. Klempner und Sussallatene. Abends 8 1/2 Uhr bei Spahn, Steelerstr. 24.
- Köln-Eindenthal. Abends 9 Uhr bei Sadtler, Bachemerstraße.
- Köln-Ehrenfeld. Abends 9 Uhr bei Buchwald, Subbelrather- und Platenstraße-Ecke.
- Mannheim-Schwesingen. Abends 1/9 Uhr im Lokale „Zum Ritter“.
- Nellingen. Abends 9 Uhr Bezirksverfallung mit wichtiger Tagesordnung. Lokal: Kürtten, Bachemerstraße.
- Nemtscheld. Abends 8 Uhr bei Liebach.
- Bohwinke. Abends 8 1/2 Uhr bei Schmidt.
- Düsseldorf. Abends 8 Uhr im Lokale „Zur Traube“.

Sonntag, den 14. Juni.

- Düsseldorf-Schleibsch. Vorm. 11,15 Uhr bei Witwe Vog.
- Brühl. Morgens 11 Uhr bei Griesberg, Uhlstraße. 8.
- Chemnitz. Vorm. 11 Uhr im Bäckerinnungshaus, Reithahnstr. 22. Bezirkskonferenz.
- Danzig Jugendklasse. Morgens 11,30 Uhr im Josephshaus.
- Dortmund-Hombroich. Vorm. 11 Uhr bei Witwe Schnitker.
- Dortmund-Lünen. Vorm. 11 Uhr bei Wöllmann.
- Dortmund-Werze. Nachm. 4 Uhr bei Tecklenborg.
- Duisburg-Hochfeld. Vorm. 11 Uhr bei Sultmann, Eigenstr.
- Essen-Jugendklasse. Nachm. 4 Uhr bei Büchzer, Hobeisenstr.; Referent Kollege Henjeler, Duisburg.
- Großenbaum. Vorm. 11 Uhr bei Blankenheim.
- Hagen. Vormittags 10 Uhr gemeinsam mit der Jugendklasse bei Krahwinkel. Referent: Kollege Schmidt-Köln.
- Sagolshadt. Vorm. 10 Uhr im kath. Vereinshaus Bericht über die Bezirkskonferenz.
- Imnigroth. Morgens 11 Uhr bei Odenbach.
- Krefeld-Seldern. Morgens 11 Uhr bei Vogels.
- Mannheim-Sekkenheim. Im Verkehrslokal.
- Neckarsulm. Nachm. 5 Uhr bei Liebler.
- Deide-Hagen. Morgens 11 Uhr bei Sappmann in Deide.
- Wittenberg. Nachm. 4 Uhr bei Hütemann, Windhausen, öffentliche Verfallung.
- Rotteburg. Morgens 10 Uhr.
- Stettin. Morgens 10 Uhr.

Ganz vorzüglich
und speziell für kurze Pfeifen sind die berühmten Sorten

Knirps-Krüll

überall erhältlich!

Odenkott - Nees am Rhein.

Beste Auswahl
schönster Modelle

Aria-Rad

unübertroffen

5 Jahre Garantie • Franco Zusendung.

Komplettes Herren-Tourrad
Marke Konkurrenz schon von 128 an. Damenrad komplett schon von 155 an
Speziallat. Pneumatik
Laufdecke mit Jahresgarantie M.50 M.75 M.1. M.25 usw.
Luftschlauch mit Jahresgarantie M.25 M.3. M.350 M.4.
Alle Fahrrad-Zubehöre
Mähmaschinen, Waffen, Uhren etc. • Beste und billigste Bezugsquelle

Verlangen Sie kostenlos reich illust. Katalog Nr. 238 mit niedrigsten Preisen.

FRANZ VERHEYEN Frankfurt

Von wohlstutierten Leuten
wenig benützte

Herren-Garderoben

erhalten Sie sehr preiswert vom

Garderoben-Verlandhaus b. Spielmann

München, Dachauerstraße 4.

Präparierte-Waletots und Wäster von 10 bis 45 M.
Saeco-Anzüge 1- und 2reihig von 12 bis 48 M.
Joppen, Hosen, Wetterfragen etc. etc.

Hier nicht angeführtes im Katalog. Verlangen Sie ohne Verbindlichkeit illust. Pracht-Katalog H gratis und frei. Für nichtkonvenierende Waren erhalte Sie Geld retour.

Laubsägerei

Kerbschnitt und Holzbrand
Werkzeuge, Holz, Vorlagen etc. in
größer Auswahl billig. Katalog gratis.
1 Brand, Mutterstadt 23 Pf.

Westfälischer Speck

Dauerware, Winterfischung
nach Bauernart trocken geräuchert
Pfd. 75 Pfg., unbefant Nachm.,
empfiehlt Ana. Seidemann in
Rödinghausen, St. Herford i. B.

Prima Ruffschinken

per Pfd. 1,20 M. Durchwacht.
Speck, p. Pfd. 85 Pfg. Rett-
wurst, hart, Brecktourk, Leber-
wurst p. Pfd. 70 Pfg. Kaiser-
jagdwurst und Brecktourk per
Pfd. 90 Pfg. Cervelatwurst u.
Salami per Pfund 1,20 M.
empfiehlt per Nachnahme

Carl Böger, Wurfabrik,
Glogau.

Teilzahlung

Uhren u. Goldwaren,
Photo, optische
Artikel,
Sprechmaschinen,
Musikinstrumente,
Spielwaren, Zithern
u. s. w.

Kataloge gratis und franco liefern

Jonass & Co. BERLIN A. 741

Belle-Alliancestr. 2

Neu! Bruchleidende Neu!

Wohltat und Hilfe.
Auf Heilung hinwirk.
Viele Danksch. Auf-
klärende Broschüre V
geg. 30 Pfg. in Mark.
1 Schievekamp's
Bandag. • Versand-
haus, Duisburg 132, Königstr. 38.